Protestforschung am Limit

Eine soziologische Annäherung an Pegida

Berlin, 28. Januar 2015

Das AutorInnenteam:

Dr. Priska Daphi*, Goethe-Universität Frankfurt/Main

Dr. Piotr Kocyba, Technische Universität Chemnitz

Michael Neuber, * Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Potsdam

Prof. Dr. Jochen Roose*, Universität Wroclaw

Prof. Dr. Dieter Rucht* (Koordination), WZB und FU Berlin

Franziska Scholl*, FU Berlin

Moritz Sommer*, FU Berlin

Wolfgang Stuppert*, Humboldt Universität zu Berlin

Prof. Dr. Sabrina Zajak*, Ruhr-Universität Bochum

Für Teilanalysen und Mitarbeit danken wir

Dr. Simon Teune*, WZB

* zugleich Mitglieder der Initiative für Protest- und Bewegungsforschung

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Otto-Brenner-Stiftung und die Technische Universität Chemnitz haben die diesem Bericht zugrunde liegende Forschung finanziell unterstützt, aber nicht in Auftrag gegeben. Unser Dank gilt diesen Institutionen sowie den zahlreichen HelferInnen aus Chemnitz und Berlin, ohne die diese Studie nicht möglich gewesen wäre.

Inhalt

1 Einleitung 3
2 Zur Methode der Befragung von Demonstrierenden 5
3 Welcher Personenkreis wurde erhoben? 9
4 Mobilisierung und politische Aktivitäten der TeilnehmerInnen 13
5 Politische Einstellungen und Rechts-Links-Positionierung 19
6 Aussagen aus dem Pegida-Kontext 26
7 Positionen zum Rechtsextremismus 27
8 Islamfeindlichkeit und Abwertung von AsylbewerberInnen 29
9 Ähnliche Gruppen unter den Demonstrierenden (Cluster-Analyse) 30
10 Vergleich von drei Befragungen von Pegida-AnhängerInnen 31
11 Ergebnisse der Demonstrationsbeobachtung 34
12 Problemdeutungen (Framing) von Pegida 46
13 Abschließende Einschätzung 51

„Ich habe zu keinem Zeitpunkt einen lächelnden Blick in meine Richtung gesehen [...].
Ich habe es nicht geschafft, jemanden anzusprechen“[1]

1 Einleitung

Am 12. Januar 2015 schwärmten 58 ForscherInnen und Studierende, 31 aus Berlin, 27 aus Chemnitz, auf den Platz der Auftaktkundgebung. Ziel der Aktion war es, mehr über die Proteste der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) herauszufinden. Seit Oktober 2014 hatten sich in Dresden immer mehr Menschen unter diesem sperrigen Motto versammelt. Mit den Protesten wuchs auch die Kritik an den völkischen und rassistischen Deutungsmustern, die dort Raum griffen. Wer waren die Demonstrierenden? Was trieb sie auf die Straße? Wie verbreitet waren die Ressentiments, die in Reden, Sprechchören und auf Transparenten hör- und sichtbar waren?

Um diese Fragen zu beantworten, kombinierten wir zwei sozialwissenschaftliche Methoden: Zum einen beobachteten wir das Geschehen systematisch: Welche Plakate und Symbole wurden bei der Auftaktkundgebung und dem anschließenden Protestmarsch mitgeführt? Welche Sprechchöre waren zu hören? Was war in den Reden zu hören und wie reagierte das Publikum? Zum anderen initiierten wir mit der Verteilung von Handzetteln während des Demonstrationsmarsches eine Online-Umfrage. Die TeilnehmerInnen wurden dazu aufgefordert, eine Internetadresse aufzurufen und – nach Eingabe eines Sicherheitscodes – einen Fragebogen auszufüllen.

Die Pegida-Studie sollte sich in mehrfacher Hinsicht als „Protestforschung am Limit“ herausstellen:

Ein erstes Limit war die extrem knappe Zeit zur Vorbereitung, Durchführung und der hier vorliegenden Auswertung der qualitativen und quantitativen Daten. Der Entschluss zu diesem Vorhaben erfolgte in den ersten Tagen des Januar 2015. Die Finanzierung war überraschend schnell und auf unbürokratische Weise geklärt. Bereits am Montag, dem 12. Januar, fuhren wir aus Berlin und Chemnitz nach Dresden, um die Beobachtung und die Befragung durchzuführen. Der Termin für die späteste Beantwortung des Online-Fragebogens war der 14. Januar (Mitternacht). Dann begannen Datenbereinigung und erste Auswertungen.

Am 28. Januar wurde der vorliegende Bericht verfügbar gemacht. Er enthält vor allem Eindrücke, Beobachtungen und Daten, aber noch wenige Kommentierungen und Interpretationen der Daten.

Ein zweites Limit ergab sich aus der Besonderheit der Pegida-Veranstaltung. Einigen unserer BeobachterInnen, vor allem den 14 Zweierteams aus Berlin, die die TeilnehmerInnen wegen unserer Umfrage ansprachen, begegnete ein Teil der Demonstrierenden ablehnend, aggressiv, vereinzelt auch mit sexistischen und rassistischen Bemerkungen. Hinzu kamen ein geradezu physisches Unwohlsein, teilweise auch Ängste bei ForscherInnen und HelferInnen. Ähnlich krasse Erfahrungen sind uns im Kontext diverser früherer Befragungen und Beobachtungen auf Demonstrationen erspart geblieben. Auch berichtete eine Mehrzahl der HelferInnen von ihrem

[1] Aus der Reportage des Journalisten Khalid el Kaoutit über die Pegida-Demonstration am 12. Januar 2015 („Kein Ort zum Verlieben“, die tageszeitung vom 17./18. Januar 2015, S. 21).

schwer zu ertragenden Zwiespalt, einerseits den Vorgaben der KoordinatorInnen der Feldforschung zu folgen (freundliche Ansprache einzelner Protestierender, Vermeidung politischer Diskussionen usw.), anderseits jedoch Rückfragen und teilweise negativen Kommentaren der Demonstrierenden ausgesetzt zu sein und eine eigene (ablehnende) Position zu Aussagen und Forderungen von Pegida zu haben.[2]

Ein drittes Limit resultiert daraus, dass die AutorInnen dieses Berichts seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten, in der Protest- und Bewegungsforschung aktiv sind, aber keine Expertise in der Rassismusforschung mitbrachten. Wir haben deshalb in unserer Befragung Konstrukte aus anderen Forschungsvorhaben, z.B. der Studie "Die Stabilisierte Mitte" von der Universität Leipzig, übernommen. Bei einem längeren Vorlauf wäre eine Zusammenarbeit mit RassismusforscherInnen organisierbar gewesen. Ohne diese Expertise waren wir auf Improvisation angewiesen.

Eine vierte Beschränkung zeigte sich bei der von uns gewählten Forschungsmethode der Befragung im Rahmen einer Demonstration. Protest und soziale Bewegungen werden mit verschiedenen Methoden erforscht. Neben vielem anderem - dem Aufbau einer Datenbank zu Protestereignissen, Fallstudien, Interviews mit AktivistInnen, Analysen von Webseiten, teilnehmenden Beobachtungen etc. - haben wir in der Vergangenheit auch mehrfach Befragungen von Demonstrierenden vor Ort durchgeführt, sowohl mit Fragebogen herkömmlicher Art als auch, in jüngster Zeit, mit einem Online-Fragebogen.

Die Unterschiede zwischen den bisherigen Befragungen und der Befragung der Pegida-AnhängerInnen sind gewaltig. Frühere Befragungen liefen reibungslos ab. Wir mussten keine Interventionen der OrganisatorInnen bzw. der OrdnerInnen befürchten. Handzettel bzw. Kuverts mit Fragebogen konnten fast ohne Ablehnung nach einem Zufallsprinzip verteilt werden; die Rücklaufquoten, d.h. der Anteil der Antwortenden unter denen die einen Fragebogen oder Handzettel erhalten hatten, waren hoch (Tabelle 1).

Beim Pegida-Protest war die Situation anders. Im Vorfeld diskutierten wir, ob sich viele der Teilnehmenden einer Befragung verweigern würden. Die Entscheidung, die Methode der Befragung mit der systematischen Beobachtung zu kombinieren, resultierte auch aus diesen Erwägungen. Bis zuletzt hatten wir Bedenken, ob wir überhaupt die Verteilung der Handzettel für die Online-Befragung durchführen können. Die OrganisatorInnen hatten auf schriftliche und telefonische Kontaktversuche nicht geantwortet. Wir mussten damit rechnen, dass noch während der Auftaktveranstaltung per Durchsage von einer Beteiligung abgeraten würde. Deshalb begannen wir erst während des Marsches mit der Verteilung von Handzetteln und hielten eine Ersatzlösung (Kurzinterviews) bereit, die aber nicht zum Einsatz kam.

Was macht man mit einer Befragung, die so abläuft? Dazu gab es eine interne Diskussion, bei der auch die Meinung vertreten wurde, man solle auf die Präsentation dieser Umfragedaten ganz verzichten und die Beschränkungen der Demonstrationsbefragung zum eigentlichen Gegenstand

[2] Auszug aus Berichten der 14 Beobachtergruppen aus Berlin zum Teilthema „Agressionspotenzial“: Team 2: „Zudem war das Aggressionspotential extrem hoch, was uns zudem eingeschüchtert hat. Insgesamt konnten wir dadurch nur 13 Zettel verteilen.“ Team 3: „Feindselig: verachtende Blicke, aggressive Körperhaltung, Bereitschaft zur Diskussion, Gelächter…“ Team 5: „keine Gewaltbereitschaft, aber Aggressivität und Hohn von Männer zwischen 20-40“. Team 6: „Es gab einen (erfolglosen) Versuch mir die Zettel aus der Hand zu ziehen und zwei kleine physische „Reaktionen“, bei denen ich recht bestimmt mit dem Arm beiseite gedrückt wurde“. Team 9: „Als wir mit der Befragung begannen, waren es auch jene die dieser Erscheinung entsprachen, die zu uns zwei bis dreimal in kürzeren Abständen gesagt haben, dass wir uns *verpissen* und mit dem *Scheiß* aufhören sollen. Dazu kam noch ein wenig Anrempeln“. Team 13: „Wurden so ca. 4 mal angepöbelt, 1 mal davon mit Gewaltandrohung“.

der Darstellung machen. In dem folgenden Bericht werden die Vorbehalte, unter denen man die Ergebnisse der Befragung lesen muss, deutlich gemacht. Die Beobachtungen haben in diesem Zusammenhang ein umso größeres Gewicht. Die direkte Konfrontation mit völkischen und rassistischen Botschaften, Anfeindungen im Kontakt mit den Teilnehmenden und interne Debatten über den Sinn, mit scheinbar objektiven Daten Eindeutigkeit zu suggerieren, wo Zweifel angebracht sind, verdeutlichen eines: Wir sind bei Pegida in vielen Punkten an unsere Grenzen gestoßen.

2 Zur Methode der Befragung von Demonstrierenden

Die Demonstrationsbefragung ist eine mittlerweile etablierte Methode, um etwas über Menschen zu erfahren, die sich an Protesten beteiligen. Befragt werden Menschen nicht zu Hause oder am Telefon, sondern in dem Moment, in dem sie sich an Protesten beteiligen. Ersatzweise ergeht während des Protests die Aufforderung, sich an einer Fragebogenaktion (offline oder online) zu beteiligen. Die im Verein für Protest- und Bewegungsforschung aktiven WissenschaftlerInnen haben dieses Verfahren schon früher verwendet, beispielsweise bei den Protesten gegen den Irakkrieg (2003)[3], gegen Hartz IV (2004)[4], bei den Sozialforen in Erfurt (2005) und Athen (2006)[5], bei der Montagsdemonstration gegen Stuttgart 21 (2010)[6] sowie bei den „Montagsmahnwachen für den Frieden“ (2014). Dabei ist es wichtig, das Vorgehen der Befragung und deren spezifischen Kontext zu verstehen. Dies gilt insbesondere für die Befragung von TeilnehmerInnen an der Pegida-Demonstration, da diese im Unterschied zu anderen Befragungen mehreren Einschränkungen und Hindernissen ausgesetzt ist.

Die aktuelle Befragung wurde online durchgeführt. Dafür verteilte eine Gruppe von 28 Personen jeweils zu zweit an die per Zufallsprinzip[7] an mehreren Abschnitten des Demonstrationszuges angesprochenen TeilnehmerInnen der Dresdner Pegida-Veranstaltung einen Handzettel mit der Aufforderung, sich an der Befragung zu beteiligen. Der Handzettel enthielt einen Link und einen scanbaren QR-Code, der zu der Online-Befragung führte. Mit einem für jeden Handzettel individuellen Code wurde der Zugang zum Fragebogen freigeschaltet. Dieses Verfahren wurde bereits bei der Befragung der „Montagsmahnwachen für den Frieden“ verwendet. Die Zugangsbeschränkung zielt darauf, dass sich nur diejenigen an der Befragung beteiligen, die an dem Protest teilgenommen haben. Eine individuelle oder durch Gruppen gesteuerte Beteiligung „von außen“ und eine mögliche Verzerrung oder gar Manipulation werden dadurch deutlich

[3] Dieter Rucht (2003): Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 16 (2), S. 10–13. Siehe auch Stefaan Walgrave/Dieter Rucht (2010): The World Says No to War: Demonstrations against the War on Iraq. Minneapolis: University of Minnesota Press.

[4] Dieter Rucht und Mundo Yang (2004): Wer demonstrierte gegen Hartz IV? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 17 (4), S. 21–27.

[5] Donatella della Porta (Hrsg.) (2009): Another Europe: Conceptions and Practices of Democracy in the European Social Forums, London: Routledge.

[6] Britta Baumgarten und Dieter Rucht (2013): Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“einzigartig oder typisch?, in: Frank Brettschneider und Wolfgang Schuster (Hrsg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: Springer VS, S. 97–125.

[7] Die 14 Verteiler-Teams hatten Instruktionen, an welchen Stellen sie von beiden Seiten des Demonstrationszuges aus Handzettel ausgeben sollten, wie die Personen anzusprechen waren, welche Informationen auf Nachfrage gegeben werden sollten, dass nicht bevorzugt Personen des eigenen Geschlechts und der eigenen Altersgruppe anzusprechen waren, sondern entsprechend deren wahrgenommener Verteilung im Demonstrationszug auch die Kontaktversuch erfolgen sollte.

erschwert[8], wenngleich nicht ganz ausgeschlossen. Dies ist gerade im Kontext von Pegida von besonderer Bedeutung, da in der öffentlich aufgeheizten Debatte um Pegida das Interesse von bestimmten Personengruppen oder Einzelpersonen größer sein könnte, das Bild von Pegida durch eine Verfälschung der Umfrage zu beeinflussen.

Geringe Rücklaufquote und Verzerrungen

„*Der typische Pegida-Demonstrant nimmt ungern an Umfragen teil.*" So äußerte sich der Blogger und Medienjournalist Steffen Niggemeier[9]. Die Aussage können wir bestätigen. Wir können aber auch auf Basis der Eindrücke und Auswertung der Beobachtungen unserer Teams zumindest grobe Informationen über Verweigerer und Reaktionen der Ablehnung geben. Zudem wurden bei der Verteilung der Handzettel zusätzliche Informationen aufgenommen. Bei der Annahme von Zetteln durch die Angesprochenen fragten die VerteilerInnen, an wie vielen Pegida-Demonstrationen sich die Angesprochenen beteiligt haben. Mit der Antwort notierten die VerteilerInnen auch das Geschlecht ihres Gegenübers. Damit lässt sich auch der besonderen „Pegida-Bias" besser verstehen, der über klassische „selection biases" von Befragungen und besonders online-Befragungen hinausgeht. Hilfreich sind dabei ebenfalls der Rückgriff auf den Erfahrungsschatz früherer Befragungen, sowie der Vergleich mit den Ergebnissen bezüglich der Frage zur Häufigkeit der bisherigen Beteiligung an Pegida-Demonstrationen. Wir können hier 660 Personen, die den Handzettel angenommen hatten, mit den 123 Personen vergleichen, die diese Frage online beantwortet haben. Mit Blick auf diese Frage ergeben sich keine großen Unterschiede zwischen beiden Gruppen.

Tabelle 1: Basiszahlen zu Befragungen von Demonstrierenden

	Gegen den Irakkrieg 2003	**Gegen Hartz IV (vier Städte) 2004**	**Gegen Stuttgart 21 2010**	**Montags-mahn-wachen (Berlin) 2014**	**Pegida (Dresden) 2015**
Teilnehmende	500.000	10.700	17.500	1.000	17.000 / 25.000*
Verteilte Fragebögen/ Handzettel	1.430	1.610	1.500	953	670
Antworten	740	783	814	330	123
Rücklaufquote	51,7	48,6	54,3	34,6	18,4
Quote aller Protestierenden	0,1	7,3	4,7	33,0	0,72 / 0,49

* Angabe der Dresdner Polizei. Der Wert von ca. 17.000 ergab sich dagegen aufgrund von Schätzungen von mehreren und unabhängig voneinander operierenden Teams unserer BeobachterInnen.

[8] Man könnte z.B. auf der Demonstration Handzettel von anderen einsammeln oder – noch einfacher – sich von verschiedenen VerteilerInnen jeweils einen Code geben lassen. Dafür gab es allerdings keine Anhaltspunkte.

[9] http://www.stefan-niggemeier.de/blog/20210/studie-ueber-pegida-demonstranten-zeigt-pegida-demonstranten-lehnen-teilnahme-an-studie-ab/.

Im Vergleich zu anderen von unserer Gruppe durchgeführten Befragungen ist auffällig, dass die Rücklaufquote besonders gering ist (Tabelle 1). Online-Befragungen haben zwar generell eine niedrigere Rücklaufquote als Fragebögen auf Papier; dennoch war die Quote auch im Vergleich zu der anderen von uns online durchgeführten Befragung („Montagsmahnwache für den Frieden“) sehr gering. Der zugrunde liegende Selektionsprozess wird in Abbildung 1 grafisch verdeutlicht.

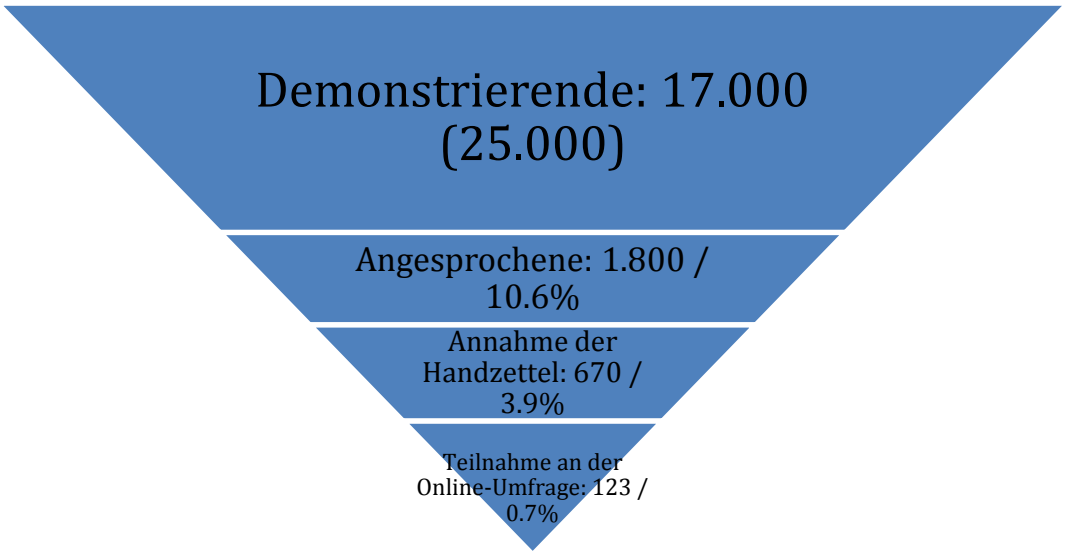


Abbildung 1: Der Selektionsprozess für die Teilnahme an der Online-Umfrage

Für diese starke Selektion gibt es mehrere Gründe: Im Gegensatz zu anderen Befragungen wurde die Annahme der Handzettel häufig verweigert. Um die Gründe dafür zu erfahren, haben unsere HelferInnen direkt im Anschluss an die Verteilungsaktion die Reaktionen der Demonstrierenden notiert. Folgendes ist ihnen aufgefallen: Alle 14 Teams berichteten einvernehmlich, dass die Mehrheit des Publikums die Handzettel und Gespräche verweigerte. Nach den Schätzungen der Teams wurde in etwa zwei Drittel der Anfragen die Annahme verweigert (d.h., von ca. 1.800 Angesprochenen haben nur 670 den Handzettel angenommen). Es war eine deutlich ablehnende, teils aggressive Ablehnung bei einem großen Teil der TeilnehmerInnen erkennbar. Die „AblehnerInnen“ setzten außerdem häufig Wissenschaft und Universitäten mit der „Lügenpresse“ gleich („Ihr werdet doch bezahlt!“, “Ihr seid doch alle von der Presse!“). Nach der Wahrnehmung der VerteilerInnen haben oft „besonders aggressiv Aussehende“ die Annahme der Handzettel verweigert. Das lässt vermuten, dass insbesondere die radikaleren Demonstrierenden (Rechtsextreme, Hooligans) sich nicht an der Befragung beteiligt haben.

Die Hälfte der Teams beobachtete, dass Männer ab Mitte 40 eher aufgeschlossen und interessiert gewesen sind. Zum Teil gab es bei diesen Personen einen offensichtlichen Redebedarf; unsere Teams wurden nach ihrer Meinung und politischen Positionierung zu Pegida gefragt („Und was denkt ihr? Sind wir hier alle rassistisch?“).

Bezüglich der Reaktionen jüngerer Demonstrierender haben wir eine ambivalente Rückmeldung von den Teams erhalten. Manche haben die junge Generation als verschlossen und aggressiv wahrgenommen, andere berichteten von aufgeschlossenen jungen TeilnehmerInnen. Wir

vermuten, dass dies auch an der unterschiedlichen örtlichen Positionierung der Teams im Demonstrationsmarsch liegt; im vorderen Teil des Demonstrationszuges war die Haltung deutlich konfrontativer als im hinteren Teil. Interessant ist ebenfalls, dass von einigen Teams Frauen als besonders verschlossen wahrgenommen wurden. Insgesamt wurden aber weitaus weniger Frauen im Demonstrationszug beobachtet als Männer. Das spiegelt sich auch in der Zettelannahme wieder (78% wurden an Männer verteilt, 22% an Frauen).

Insgesamt haben nur 18,4% derer, die den Zettel angenommen haben, auch an der Online-Befragung teilgenommen (123 Personen). Wie bei anderen Online-Befragungen muss man auch in unserem Fall von einer Verzerrung hin zu den intensiven NutzerInnen des Internet ausgehen. Diese sind im Schnitt eher jünger und eher männlich. Zieht man die eben diskutierten Punkte in Betracht lässt sich außerdem vermuten, dass rechtsradikale bzw. extreme TeilnehmerInnen in der Befragung unterrepräsentiert sind (weitere Ausführungen dazu in Abschnitt 3).

Aus diesen Gründen (geringe Beteiligung und Verzerrungen) ist es uns nicht möglich, Aussagen über „den" Pegida-Demonstrierenden oder über Pegida als Gesamtheit zu treffen. Vielmehr beziehen sich die im Folgenden präsentierten Daten auf den im Kontakt mit unseren Teams offeneren und zudem wohl eher internetaffinen Teil. Dies gilt es bei der Interpretation der Daten immer zu berücksichtigen.

Die Fragen, die in die Untersuchung eingeflossen sind, zielen auf die soziale Zusammensetzung der TeilnehmerInnen, auf ihre Motivation und Mobilisierung, d.h. die Prozesse, die zu ihrer Teilnahme geführt haben, auf ihre Protesterfahrung, die Einschätzung der Demokratie und ihrer Institutionen, auf ihre Positionierungen zum Islam, ihre Zukunftsängste und die Übereinstimmung mit Thesen, die im Umfeld von Pegida vertreten wurden. Viele der Fragen gehen auf Fragebögen zurück, die zuvor auf anderen Demonstrationen verteilt wurden. Ein Teil der Fragen entnahmen wir repräsentativen Befragungen wie der Allgemeinen Bevölkerungsbefragung der Sozialwissenschaften (im Folgenden: ALLBUS) oder dem World Value Survey. Darüber hinaus enthält der Fragebogen angesichts der verbreiteten Einschätzung, die Proteste seien rechtsextrem durchsetzt, eine gekürzte Version des Befragungsinstrumentes aus den Leipziger Mitte-Studien („Die Stabilisierte Mitte") zur Einschätzung rechtsextremer Einstellungen sowie aus der Studie „Deutschland postmigrantisch".

Um Ergebnisse unserer Befragung mit Befunden zur Gesamtbevölkerung zu vergleichen, greifen wir auf verschiedene Studien zurück. Bei einer Reihe allgemeiner Angaben steht der ALLBUS von 2014 mit einem Pre-Release zur Verfügung.[10] Die Daten sind bisher vorläufig und ohne Gewichtungsvariablen veröffentlicht.[11] Das hat für unsere Zwecke den Vorteil, dass die Ergebnisse einer üblichen Befragung entsprechen, allerdings auch die entsprechenden Selektivitäten aufweisen.

[10] Das Pre-Release ist eigentlich zur Vorbereitung von Analysen gedacht und enthält 1000 zufällig ausgewählte Fälle, während der Enddatensatz 3471 beinhalten wird. Die Daten haben aber den Vorteil sehr aktuell zu sein bei hoher Erhebungsqualität. Vgl. http://www.gesis.org/allbus/studienprofile/2014/ [zuletzt 23.1.2014].
[11] Die Gewichtung für Ost- und Westdeutschland wurde in den Analysen berücksichtigt.

3 Welcher Personenkreis wurde erhoben?

Zunächst lässt sich für Demonstrationen im Allgemeinen festhalten, dass sie nie ein Abbild der Bevölkerung darstellen. Aus anderen Studien wissen wir bereits, dass in der Bundesrepublik vor allem diejenigen auf die Straße gehen, die durch hohe Bildungsabschlüsse und ein überdurchschnittliches Einkommen privilegiert sind. Der befragte Personenkreis weißt jedoch einige Besonderheiten auf, auf die wir in diesem Abschnitt näher eingehen (Abbildung 2, Tabelle 2 und Tabelle 3).

Zunächst haben sich an der Demonstration überwiegend Leute aus Dresden (44,2%) und der unmittelbaren Umgebung Dresdens (41,7%) beteiligt. Dies ist nicht verwunderlich, da die Demonstration an einem Montag stattfindet und An- und Abreise immer mit Kosten (Zeit, Geld) verbunden sind. Es bedeutet aber auch, dass unsere Studie fast ausschließlich Aussagen über Personen aus der Stadt und Region Dresden macht

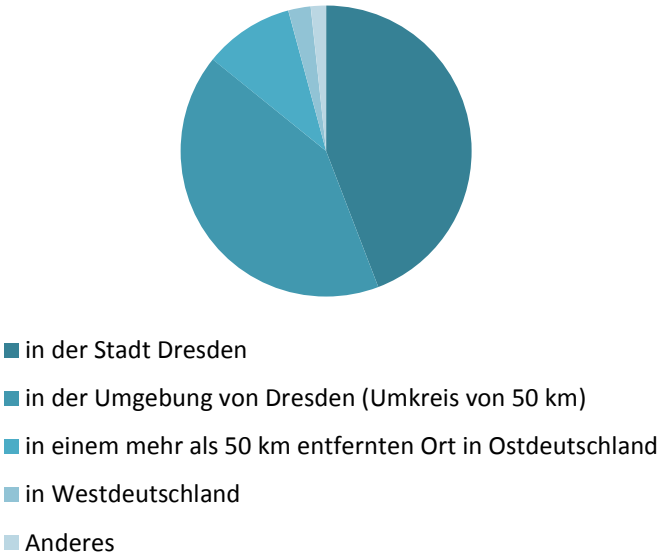


Abbildung 2: Herkunft der Befragten

Eklatant fällt die ungleiche Verteilung der Geschlechter auf. Männer sind unter den Befragten mit 76% deutlich häufiger vertreten. Das deckt sich mit der Wahrnehmung bei der Verteilung der Handzettel (Spalte Beobachtung) und entspricht ungefähr den Geschlechterunterschieden, die bei der Verteilung der 670 Handzettel notiert wurden (Spalte Handzettel). Eine ähnliche Verteilung zeigt sich übrigens auch bei den regional verstreuten Personen, die sich im Facebook-Netzwerk von Pegida versammeln.[12] Der von uns registrierte hohe Anteil von Männern steht in starkem

Tabelle 2: Geschlecht (in Prozent)

	Online	Handzettel	Beobachtung*
männlich	76	78	ca. 80
weiblich	23	22	ca. 20
Gesamt	100	100	100
N	123	670	Gesamtbild

* Mittelwert der Schätzungen mehrerer BeobachterInnengruppen

[12] Siehe: http://www.pegida-mag-dich.de/.

Kontrast zu den Ergebnissen aus früheren Demonstrationsbefragungen, bei denen die Geschlechterverteilung wesentlich ausgeglichener war. Diese für Pegida ermittelte Zahl liegt sogar höher als bei der Befragung zu den „Montagsmahnwachen für die Frieden“ (70% Männer).

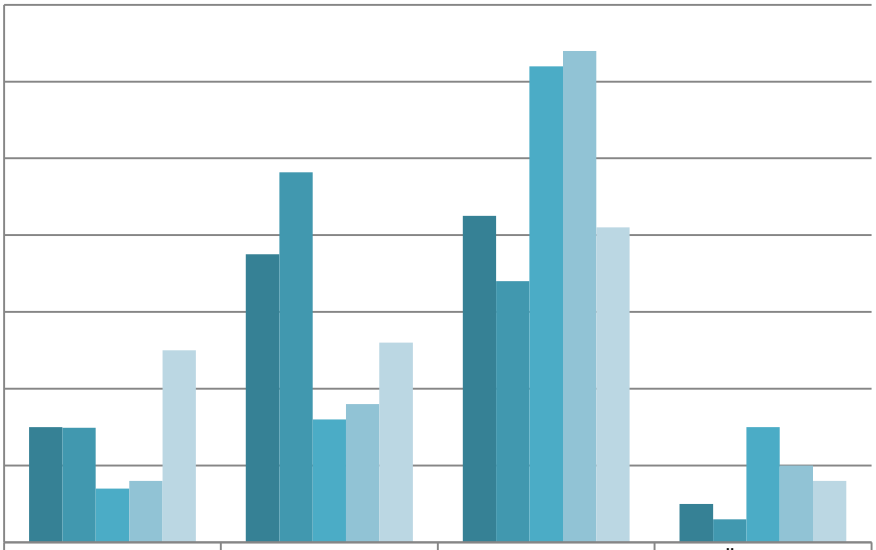
Tabelle 3: Alter (in Prozent)

	Pegida	**Bevölkerung insgesamt***
unter 25	15,0	11,5
25-39	37,5	18,5
40-64	42,5	47,9
Über 64	5,0	22,1
Gesamt	100	100
N	120	1000

* Quelle: Allbus 2004 prelease

Die Befragten Pegida-AnhängerInnen im Alter von 25 bis 40 stellen die relativ größte Gruppe. Auffällig ist allerdings der im Vergleich zur Gesamtbevölkerung etwa doppelt so hohe Anteil der 25-30-Jährigen. Auch hier mag es sich, da es sich um eine Online-Befragung handelte, bei der ein Zugangscode einzutragen war, um eine Überrepräsentation der mit dem Internet vertrauten Befragten handeln. Allerdings bestätigt auch der visuelle Eindruck der Beobachterteams, dass diese Altersgruppe und die im Alter darüber liegende Gruppe die Masse der Protestierenden stellen. Die Gruppe der über 64-Jährigen ist dagegen bei den von uns Befragten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung stark unterrepräsentiert. Dies gilt jedoch für fast alle Demonstrationen gleich welchen Inhalts, in besonderem Maße aber auch für Demonstrationen, die politisch stark umstritten sind und bei denen mit Gegendemonstranten, Zusammenstößen mit der Polizei etc. gerechnet werden könnte. Auch der Sachverhalt, dass die ersten zwölf Pegida-Veranstaltungen nach Einbruch der Dunkelheit stattfanden und in der Regel mit einem Marsch („Spaziergang“ in der Terminologie der VeranstalterInnen) verbunden waren, trägt dazu bei, dass ältere Menschen – und auch Frauen – stark unterrepräsentiert sind. Der in der Online-Befragung sehr geringe Anteil der über 64-Jährigen deckt sich allerdings nicht mit der Wahrnehmung bei der Verteilung der Handzettel. Hierbei wurde ein höherer Anteil dieser Altersgruppe registriert, der jedoch auf visuellen Eindrücken beruht und sich somit nicht beziffern lässt.

Ähnliche Altersverteilungen wie bei unserer Befragung von Pegida-AnhängerInnen wurden auch bei Befragungen im Kontext anderer Demonstrationen ermittelt. So stellten auch bei den Demonstrationen gegen Stuttgart 21 sowie gegen Hartz IV die 40-64-Jährigen die größte Gruppe (Abbildung 3).



	unter 25	25-39	40-64	Über 64
Pegida	15	37,5	42,5	5
Montagsmahnwachen	14,9	48,2	34	3
Stuttgart 21	7	16	62	15
Hartz IV	8	18	64	10
Irakkrieg	25	26	41	8

Abbildung 3: Altersverteilung der Befragten (Angaben in Prozent)

Besonders augenfällig ist das hohe Bildungsniveau derjenigen, die sich an der Umfrage beteiligt haben – überwiegend mindestens Realschulabschluss, 35% sogar ein abgeschlossenes Studium. Zwar ist es ein in verschiedenen Studien belegter Zusammenhang, wer besser ausgebildet ist, beteiligt sich eher an Demonstrationen. Dennoch ist das Bildungsniveau der Befragten besonders hoch. Über ein Drittel von ihnen hat ein Studium abgeschlossen (in der Mahnwachenbefragung war es noch knapp unter einem Drittel). Das ist mehr als dreimal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (11,9% nach ALLBUS 2012). Allerdings kann man auch hier den Zusammenhang vermuten, dass Leute mit höherem Bildungsabschluss aufgeschlossener waren und zudem eine höhere Neigung besitzen, sich an der Online-Umfrage zu beteiligen als andere AnhängerInnen von Pegida.

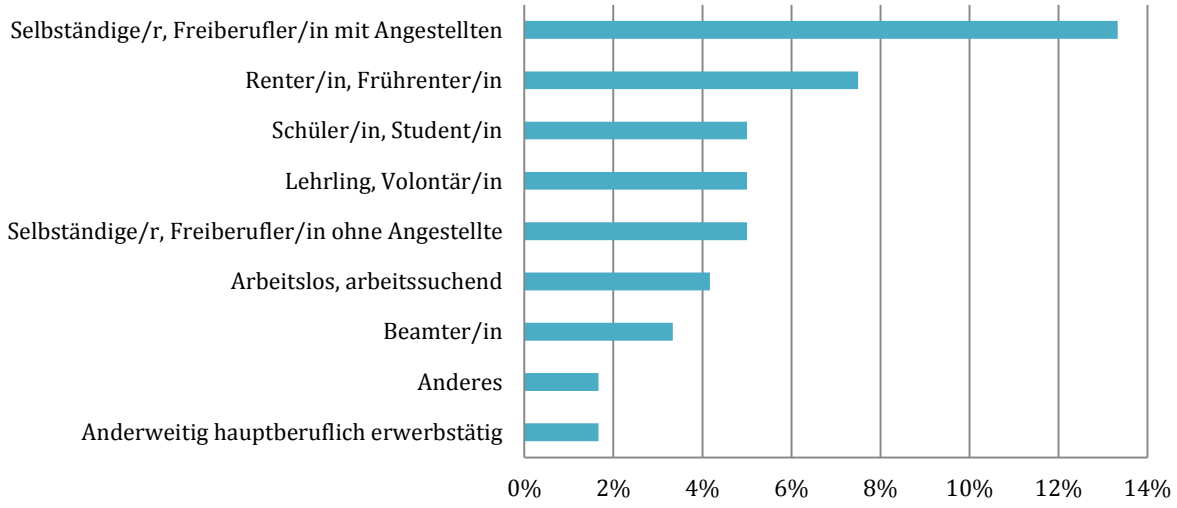


Abbildung 4: Berufliche Situation der Befragten

Die meisten der Befragten üben einen Beruf als Selbständige oder Angestellte aus. Der Anteil der Beamten ist klein (3,3%), der von FreiberuflerInnen (18,3%) dagegen höher als in den meisten anderen Befragungen von Demonstrierenden (Ausnahme: „Montagsmahnwachen für den Frieden"), aber auch höher als im Bevölkerungsdurchschnitt. Vor allem RentnerInnen sind im Vergleich zur Bevölkerung stark unterrepräsentiert, allerdings häufiger vertreten als bei anderen Demonstrationen. Der Anteil der Erwerbslosen (4,2%) liegt nur leicht unter dem Bevölkerungsdurchschnitt, der von SchülerInnen und StudentInnen dagegen deutlicher unter dem Durchschnitt in der Gesamtbevölkerung, insbesondere nach den Daten des European Social Survey von 2012 (mit 10,1% SchülerInnen und StudentInnen).

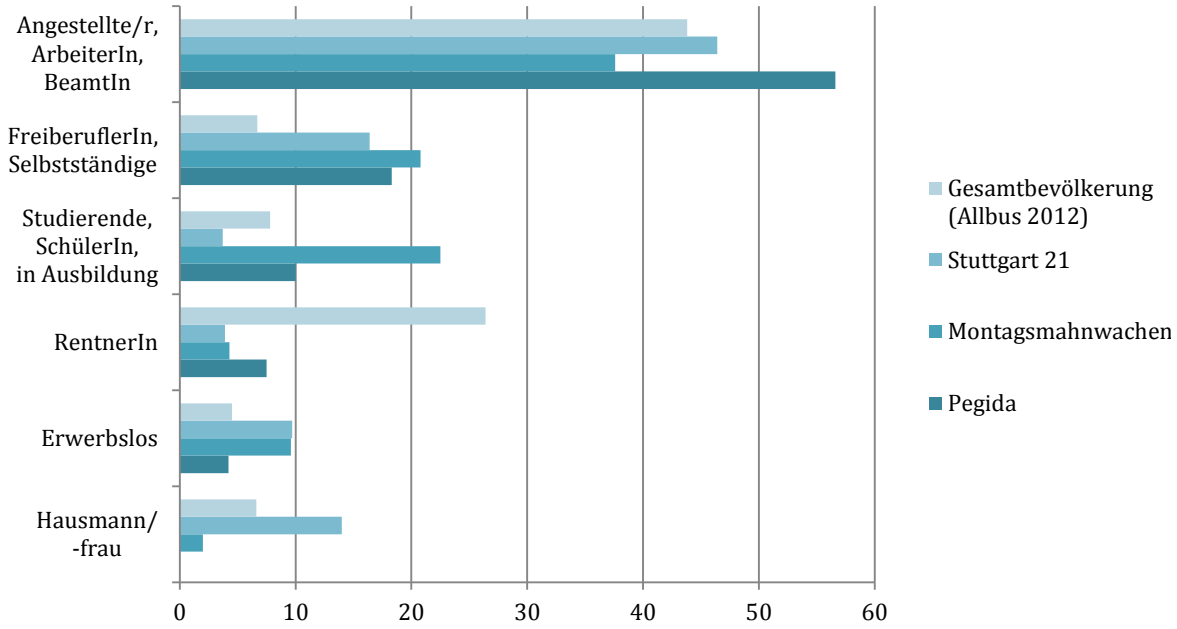


Abbildung 5: Beruf (Angaben in Prozent)

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen. An unserer Studie haben sich überwiegend Männer aus der Region Dresden beteiligt, die eher mittleren Alters sind, über einen relativ hohen Bildungsgrad verfügen und im Berufsleben stehen. Auf Grund der sehr geringen Rücklaufquote und den oben genannten Verzerrungen ist dies allerdings keine Aussage über den „typischen“ Pegida-Demonstranten möglich. Vor allem TeilnehmerInnen mit extremen Meinungen und stärkster Ablehnung der „Lügenpresse“ werden hier, so unsere dedizierte Vermutung, unterrepräsentiert; die Befragten kommen aus dem gut gebildeten, im Berufsleben integrierten „offeneren“ Spektrum der Pegida-AnhängerInnen.

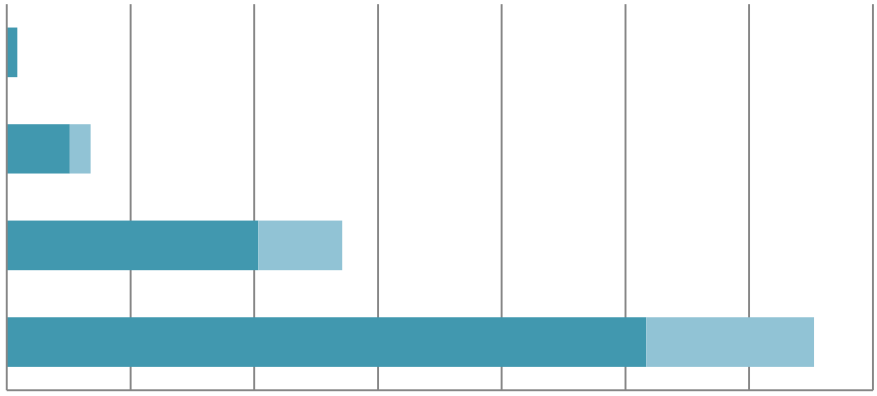
4 Mobilisierung und politische Aktivitäten der TeilnehmerInnen

Etwa ein Drittel der Befragten gab an, zum ersten Mal an der Demonstration von Pegida teilzunehmen. Im Durchschnitt haben die Befragten an 3,6 Pegida-Demonstrationen teilgenommen (Tabelle 4). Diese Größenordnungen bestätigen sich auch auf einer breiteren Zahlenbasis, denn die VerteilerInnen von Handzetteln haben jede angesprochene Person nach der Anzahl der Teilnahmen an Pegida-Demonstrationen gefragt. Dabei erhielten sie von 670 Personen, die einen Zettel angenommen haben, in 557 Fällen eine Antwort. Auffällig ist, dass bei dieser Befragung vor Ort wiederum die erstmals an einer Pegida-Veranstaltung Anwesenden die größte Gruppe bilden, es jedoch auch einen nennenswerten Anteil von Personen gibt, die bereits mehr als zehnmal teilgenommen haben.

Tabelle 4: Anzahl der Teilnahmen an Pegida-Demos (in Prozent)

Anzahl Teilnahmen	**Online-Umfrage**	**Handzettel-Nachfrage**
1	31,7	33,4
2	18,3	13,6
3	8,3	11,1
4	10,0	10,4
5	8,3	6,6
6	5,8	3,6
7	2,5	3,2
8	5,0	3,9
9	5,8	3,4
10	1,7	2,9
11	2,5	2,9
12	-	4,8
Gesamt	100	100
N absolut	120	557
k.A absolut	3	93
Mittelwert	3,64	3,97

Insgesamt haben nur relativ wenige befragte Pegida-AnhängerInnen sich auch an Protesten zu anderen Themenfeldern beteiligt (Abbildung 6). Hierin unterscheiden sie sich deutlich von den aus anderen Anlässen befragten ProtestteilnehmerInnen, die mehr Protesterfahrung und auch eine stärkere Einbindung in bestehende zivilgesellschaftliche und politische Organisationen aufweisen (Daten hier nicht ausgewiesen).



	Keine Teilnahme	1 bis 5 mal	6 bis 10 mal	Mehr als 10 mal
Männlich	52%	20%	5%	1%
Weiblich	14%	7%	2%	0%

Abbildung 6: Protestbeteiligung in den letzten 5 Jahren (in Prozent)

Das bedeutet jedoch nicht, dass die befragten Personen generell politisch inaktiv sind. Immerhin 79,3% haben bereits eine Petition oder einen öffentlichen Brief unterzeichnet; 76,7% haben bereits bestimmte Produkte boykottiert oder aus politischen, ethischen oder Umweltgründen bewusst gekauft. Dies sind weitaus höhere Anteile im Vergleich zu repräsentativen Umfragen mit Blick auf die Gesamtbevölkerung. Beispielsweise gaben im European Social Survey von 2012 nur 35% der BundesbürgerInnen an, eine Petition unterzeichnet zu haben („signed a petition").

Tabelle 5: Teilnahme an (politischen) Aktivitäten (in Prozent)

Haben in den letzten 12 Monaten…	**Pegida**	**Montagsmahnwachen**		**Stuttgart 21**
		Protestneulinge	Protesterfahrene	
… eine Petition/öffentlichen Brief unterzeichnet	79,3	80,3	92,5	81,6
… an einer Online-Protestkampagne teilgehabt	55,6	48,4	73,2	Nicht erfragt
…eine/n Politiker/in oder eine/n Vertreter/in der Verwaltung kontaktiert	37,7	11,9	29,7	36
… an einer direkten Aktion teilgenommen (wie z.B. Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam)	1,7	7,6	16,6	42,9

Darüber hinaus sind aber fast 60% der Befragten in Sport- und Freizeitverbänden oder kulturellen Vereinen aktiv. Immerhin knapp über 10% sind Mitglied in Gewerkschaften oder politischen Parteien. Damit ist die Parteimitgliedschaft höher als im Bundesdurchschnitt. (ALLBUS 2010: 3,8%). Gut 20% sind Mitglied in einer religiösen Organisation.

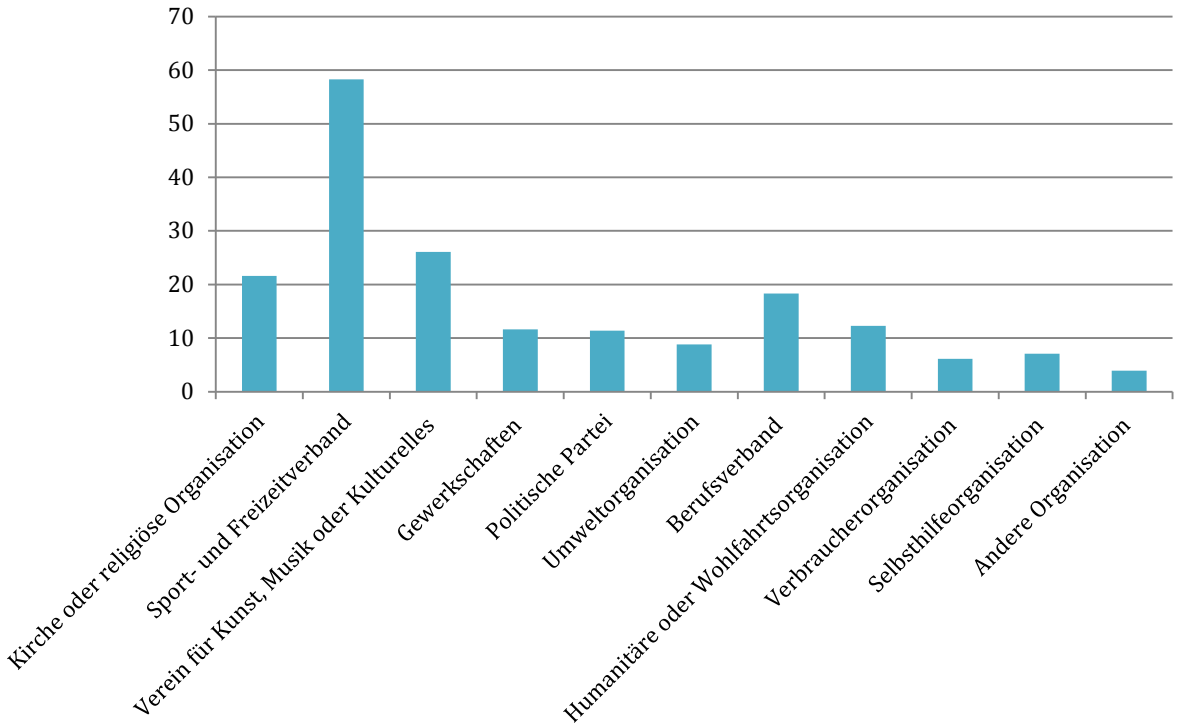


Abbildung 7: Mitgliedschaft in Organisationen (in Prozent)

Wir haben auch nach der Rolle von sozialen Netzwerken für die Mobilisierung zu Pegida gefragt („Gab es Menschen, die Sie dazu bewegt haben, sich an den Pegida-Demonstrationen zu beteiligen? Wenn ja, aus welchem Kreis stammen sie?"). Nur für einen kleinen Teil der Befragten spielten solche Netzwerke keine Rolle. Bei den übrigen waren „Freunde" mit Abstand am wichtigsten, gefolgt von „Familie" sowie „Nachbarn/ Bekannten" (Abbildung 8).

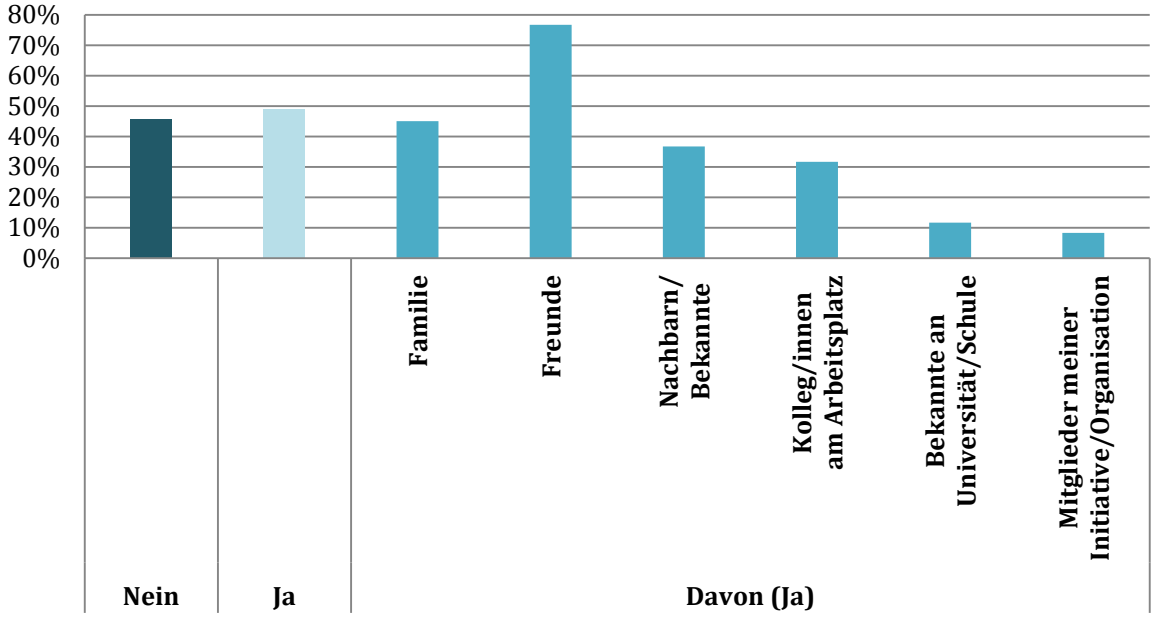


Abbildung 8: Für die Teilnahme relevante soziale Netze (Angaben in Prozent)

Die verallgemeinerte Kritik an kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien gehört zum Selbstverständnis der Pegida-AnhängerInnen. Wie bei vorangegangenen Demonstrationen lautet die Kritik, relevante Entwicklungen und kritische Standpunkte würden in der gleichförmigen, dominanten Medienlandschaft nicht repräsentiert. Im Kontext der Pegida-Demonstration bedeutet das, dass Kritik an Einwanderung und islamischem Leben in Deutschland nicht möglich sei. Diese Deutung wird auf den Demonstrationen auf Plakaten („Lügenpresse Lügensystem Skandal!“) und in Sprechchören („Lü-gen-pres-se“) deutlich. Gleichzeitig ist in der Berichterstattung über Pegida die Bedeutung von Facebook als ein zentrales Kommunikationsmedium der Protestbewegung hervorgehoben worden. Um die Bedeutung der verschiedenen Medien besser einschätzen zu können, haben wir in der Online-Befragung zwei Fragen gestellt. Die Antworten darauf werden im Folgenden analysiert.

Kommunikation in der Mobilisierung zu Pegida

Um zu verstehen, welche Kommunikationswege bei der Entstehung von Pegida eine Rolle gespielt haben, fragten wir „Welche Informationswege haben für Ihre Beteiligung an Pegida die größte Rolle gespielt?“ Aus einer vorgegebenen Liste sollten die Befragten die drei wichtigsten Wege angeben. Da wir die Frage auch in den Studien zum Protest gegen Stuttgart 21 und zu den Montagswachen gestellt haben, lassen sich die Antworten der Pegida-Demonstranten mit vorangegangenen Protesten vergleichen.

Die Zusammenfassung der Antworten ergibt, dass die Befragten persönlichen Gespräche für ihre Beteiligung an Pegida die größte Rolle zumessen (Abbildung 9). Danach war für fast 80% der direkte Kontakt zu anderen entscheidend. Die Hälfte davon bewertete dies als die wichtigste Form der Kommunikation. Soziale Netzwerke wie Facebook, die bei den Montagsmahnwachen eine Schlüsselrolle einnahmen, sind solchen direkten Kontakten nachgeordnet. Weniger als ein Fünftel setzte sie in der Priorität ganz nach oben.

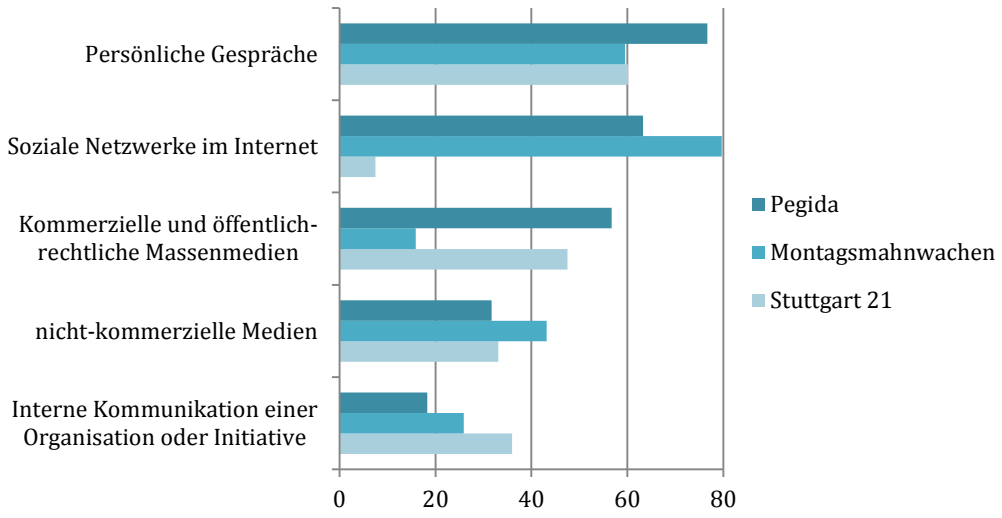


Abbildung 9: Wichtige Informationswege in der Mobilisierung (Zusammenfassung der drei wichtigsten Informationswege. Die Angaben bezeichnen den Prozentsatz der Befragten, die die jeweiligen Kategorien angegeben haben)

Kommerzielle und öffentlich-rechtliche Medien spielen dagegen eine weitaus größere Rolle, als die eingangs dargestellte Kritik vermuten ließe. Sie waren für mehr als ein Viertel der Befragten das Medium, von dem die Entscheidung zur Teilnahme an Pegida am stärksten abhängig war. Insgesamt gaben 57 Prozent die etablierten Medien als wichtige Informationsmittel an – deutlich mehr als bei den ebenfalls explizit medienkritischen Montagsmahnwachen (16%) oder dem Protest gegen Stuttgart 21 (48%).

Im Vergleich mit den beiden anderen Protesten lässt sich auch erkennen, dass Organisationen und Initiativen für die Mobilisierung eine nachgeordnete Rolle spielen – zumindest unter den hier befragten TeilnehmerInnen. Während organisationsinterne Kommunikation in Stuttgart von mehr als einem Drittel der Befragten als wichtig wahrgenommen wurde, waren es bei den Montagsmahnwachen nur ein Viertel und unter den Pegida-Anhängern weniger als ein Fünftel.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Demonstrierenden, die sich an der Befragung beteiligt haben soziale Netzwerke zwar als ein wichtiges Informationsmedium ansehen, dass aber Gespräche im Alltag für einen Großteil der Befragten die entscheidenden Erfahrungen waren, die sie zu den Protesten geführt haben. Im Vergleich mit vorangegangenen Protesten fällt besonders auf, dass die so schrill kritisierten etablierten Medien ebenfalls einen wichtigen Beitrag geleistet haben, der die von uns befragten Demonstrierenden auf die Straße trieb.

Was durch diese Auswertung nicht geklärt werden kann, ist die Frage, was den Beitrag der kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien ausmachte. Waren es Informationen, die die Beteiligten auf diesem Weg erfuhren oder bildet der hohe Wert die Unzufriedenheit mit der Berichterstattung als ein Motiv der Beteiligung an Pegida ab?

Darüber geben auch die Antworten auf die zweite hier analysierte Frage keinen definitiven Aufschluss. Wir wollten erfahren, welche Medien die Pegida-TeilnehmerInnen tatsächlich nutzen, um sich über politische Zusammenhänge zu informieren. Deshalb baten wir die Befragten, drei der Informationsquellen zu nennen, die sie häufig nutzen (Abbildung 10).

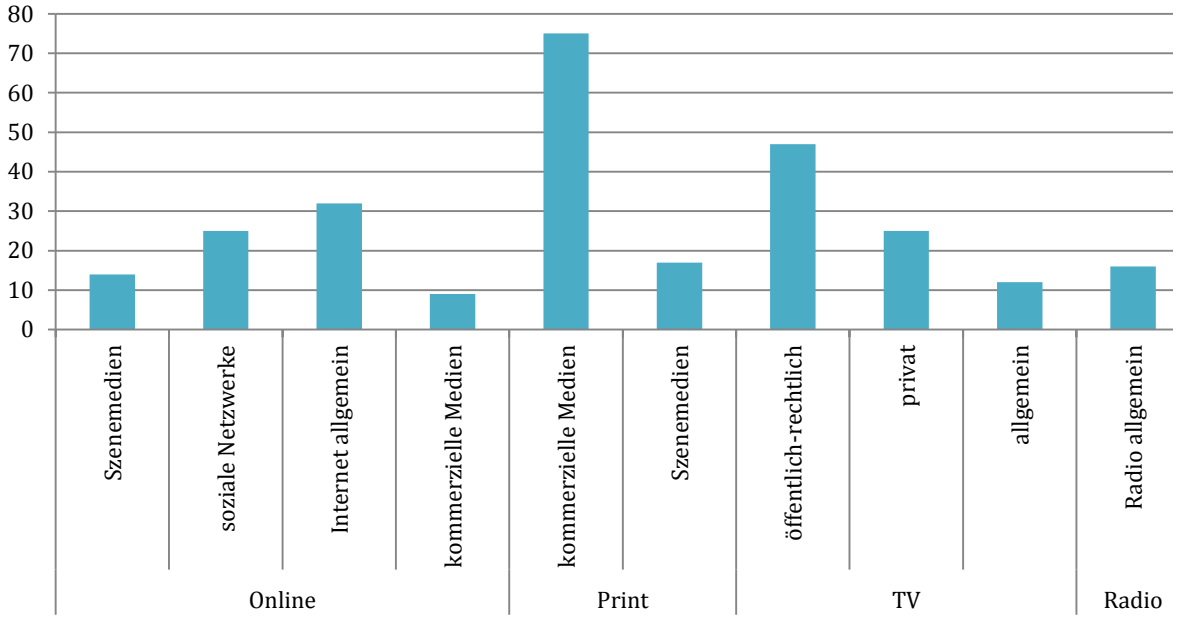


Abbildung 10: Die drei häufigsten Informationsquellen

Hier zeigt sich, dass die Distanz zur „Lügenpresse“ weniger deutlich ausgeprägt ist, als der Begriff vermuten lässt. Tatsächlich sind von 203 genauer genannten Medien oder Sendungen (im Unterschied etwa zu „Facebook“ oder „Fernsehen“) 163 kommerzielle oder öffentlich-rechtliche Produkte. Bei den Printmedien liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf Lokalzeitungen (Sächsische Zeitung mit 20 Nennungen) und konservativen bundesweiten Produkten wie Welt und FAZ (beide 10 Mal genannt). Aber auch die Nachrichtensendungen von ARD (14 Nennungen) und ZDF (6 Nennungen) werden genutzt.

Szenenahe Medien und Plattformen spielen dagegen eine deutlich nachgeordnete Rolle. Die neurechte Junge Freiheit wird acht Mal genannt, das Compact Magazin zwei Mal und das islamophobe Blog Politically Incorrect vier Mal. Insgesamt zeichnet sich aber keine Abschottung gegenüber den kritisierten Medien ab – vielleicht auch in Ermangelung überzeugender Alternativen.

5 Politische Einstellungen und Rechts-Links-Positionierung

In den Medien wird viel darüber spekuliert, ob die Anhänger von Pegida dem rechten und rechtsradikalen politischen Spektrum zuzuordnen sind oder nicht doch eher aufgrund einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem politischen System protestieren. Auf Basis unseres selektiven Samples könnten vermutet werden, dass sich die meisten der Befragten in der politischen Mitte verorten oder keiner politischen Gruppierung zurechnen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Zwar verorten sich 48,7%, und somit der größte Teil, in der politischen Mitte; allerdings platzieren sich 33,3% rechts und 1,7% extrem rechts. Zum Vergleich: Bei den von den Medien als rechts bzw. tendenziell antisemitisch wahrgenommenen „Montagsmahnwachen für den Frieden" verorteten sich 22% in der politischen Mitte; 38% ordneten sich auf der linken Seite des politischen Spektrums ein und nur ein knappes Prozent bezeichnet sich als rechts. Immerhin 39% der bei der „Montagsmahnwache für den Frieden" Befragten wollen sich nicht auf der Links-Rechts-Skala einordnen. Das heißt, es wurde dort auf ein Selbstbild rekurriert, welches eine Einteilung in rechts und links zurückweist. Dies ist bei unseren Pegida-Befragten nicht der Fall. Hier wollen sich lediglich 6,8% nicht einordnen.

Tabelle 6: Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala

Politische Selbstpositionierung	N	%
Extrem links	2	1,7
Links	9	7,7
Mitte	57	48,7
Rechts	39	33,3
Extrem rechts	2	1,7
Keine Position auf dieser Skala	8	6,8
Gesamt	117	

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung positionieren sich mehr Pegida-AnhängerInnen im rechten Spektrum (33,3% im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mit 13,7% laut ALLBUS 2004 und 9,6% laut European Social Survey 2012). Bemerkenswert ist zudem die starke Besetzung der mittleren Position mit 48,7% (ALLBUS 51,4%, European Social Survey 62,2%). Die Positionierung von Pegida in der politischen Mitte wie auch in der Kategorie „teils/teils" bei einigen Einstellungsfragen, könnte bei einem Teil der Befragten aus taktisch Gründen erfolgen, um der öffentlichen Deutung von Pegida als einer stark rechtslastigen Gruppierung entgegenzusteuern. Einer anderen plausiblen Interpretation zufolge würde es sich jedoch um eine authentische Positionierung in der Mitte handeln, da es wahrscheinlich ist, dass an unserer Befragung vor allem der politisch eher gemäßigte Teil von Pegida-AnhängerInnen teilgenommen hat.

Was bedeutet diese überwiegende Selbstpositionierung im mittleren und rechten Spektrum? Um das politische Weltbild zu erfassen, haben wir eine Reihe von weiteren Indikatoren erhoben. Abschnitt 7 beschäftigt sich ausführlicher mit den rechtsextremistischen, islamfeindlichen Einstellungen. Zunächst aber spiegelt sich die politische Einordnung auch im Wahlverhalten:

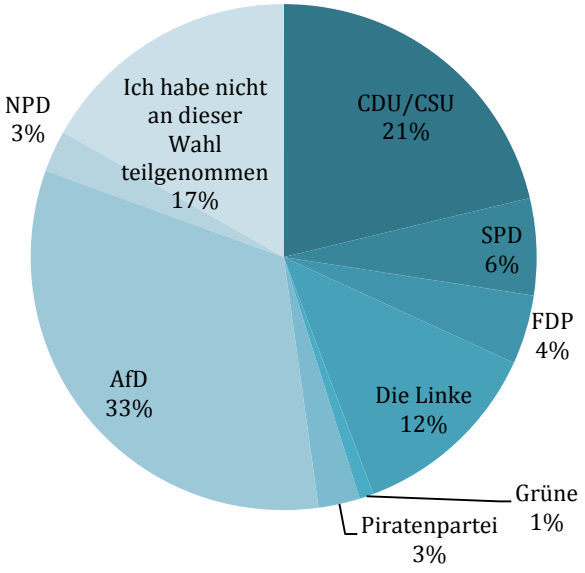


Abbildung 11: Zweitstimme bei der letzten Bundestagswahl (in Prozent)

In der letzten Bundestagswahl wählten 33% der Befragten die Alternative für Deutschland (AfD) und 21% CDU/CSU. 17% haben sich nicht an der Wahl beteiligt. Der NPD-Anteil lag bei 3% (Abbildung 11). Der Anteil der AfD-WählerInnen unter den Befragten war in der sächsischen Landtagswahl 2014 sogar noch höher (Abbildung 12). Hier haben nach Selbstauskunft 49% die AfD gewählt gegenüber 12% CDU. Das tatsächliche Ergebnis der Landtagswahl weicht davon dramatisch ab: Die CDU wurde mit 39,4% der Stimmen gewählt, gefolgt von der Linken (18,9%; dagegen bei den Befragten Pegida-AnhängerInnen 5%) und der SPD mit 12,5%. Die AfD erhielt 9,7% der Stimmen.

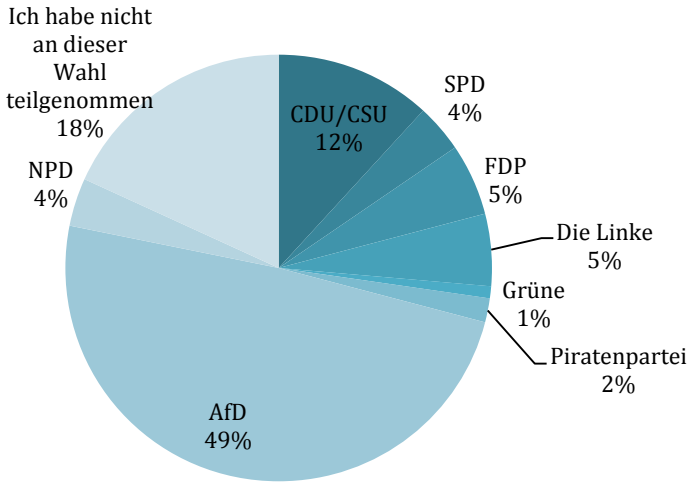


Abbildung 12: Zweitstimme Landtagswahl Sachsen 2014

Besonders auffällig ist die Nähe zur AfD mit Blick auf die „Sonntagsfrage“ (Abbildung 13). Wäre nächsten Sonntag Bundestagswahl, würde niemand von den Befragten die CDU wählen. 89% der Stimmen würden auf die AfD entfallen und 5 % auf die NPD. Somit ist die AfD ein klarer Gewinner bei den befragten Pegida-AnhängerInnen.[13] Würden diese Befragten den

[13] Laut einer vom Wochenmagazin Stern in Auftrag gegebene Forsa Umfrage, die 18. Dezember 2014 unter 1006 TeilnehmerInnen durchgeführt wurde, sympathisieren 71 % der AfD AnhängerInnen mit Pegida.

Wahlausgang bestimmen, so hätte die AfD im Bundestag die absolute Mehrheit und die NPD wäre die einzige Oppositionspartei.

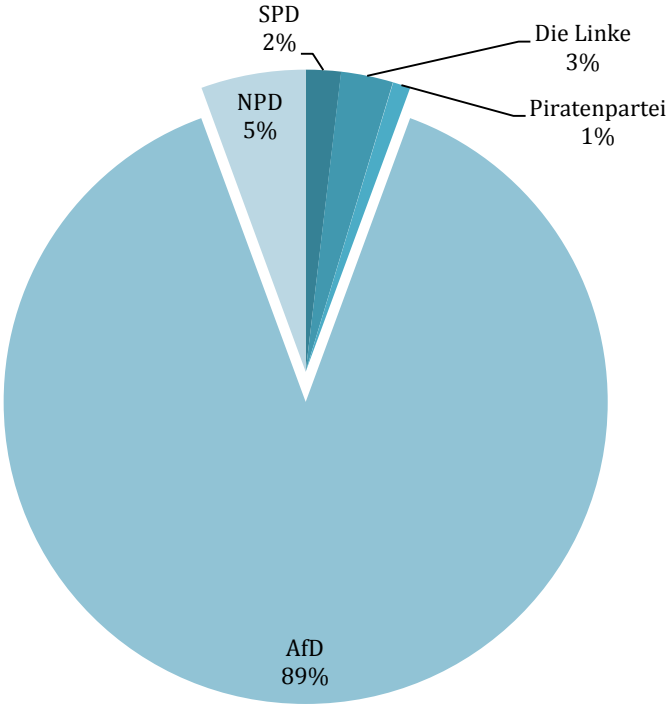


Abbildung 13: Sonntagsfrage (in Prozent)

Es muss offen bleiben, ob der sensationell hohe Wert für die AfD auf die Gesamtheit der Anhängerschaft von Pegida übertragbar ist. Aufgrund anderer Indizien, insbesondere den direkten Kontakten zwischen Organisatoren von Pegida und Vertretern der AfD sowie öffentlicher Aussagen von beiden Seiten, wird jedoch deutlich, dass große inhaltliche Schnittmengen zwischen beiden Gruppen bestehen und die berechtigte Frage aufkommt, ob sich Pegida zu einem außerparlamentarischen Arm der AfD entwickeln könnte.

Die tendenzielle Ablehnung des politischen Systems auf Seiten der Befragten spiegelt sich auch in Antworten auf zwei offene Fragen: (a) Für welche Anliegen stehen Ihrer Meinung nach die Pegida-Demonstrationen und (b) Welches Anliegen wollen Sie persönlich durch Ihre Teilnahme an den Pegida-Demonstrationen zum Ausdruck bringen. Bei beiden Fragen bezogen sich die häufigsten Antworten auf eine Kritik an der etablierten Politik. („der Regierung zeigen, dass sie nicht jeden Bürger mundtot machen können! Änderung in der Politik fordern!“)

In einzelnen Antworten (siehe dazu Abschnitt 12) werden zentrale Anliegen von Pegida, etwa die Kritik an der aktuellen Politik, Zukunftsängste und Ressentiments gegenüber Zuwanderern direkt miteinander verknüpft. Dies kommt exemplarisch in folgender Aussage zum Ausdruck:

„Ich fühle mich nicht mehr durch die Politik in Deutschland vertreten und bin für die Einführung der direkten Demokratie sowie die Regelung der Immigration nach dem kanadischen Prinzip (mehr Qualität statt Quantität) auch bin ich der Meinung, dass die deutsche Kultur gewahrt werden sollte und Deutschland/Europa nicht in den kulturellen und religiösen Multikulti umgehen sollte. Multikulti hat noch nie irgendwo funktioniert (siehe Jugoslawien oder Indien) und wird/kann meiner Meinung nach nicht funktionieren. Ich bin für die friedliche Koexistenz

der Kulturen. Auch wenn es hart klingt aber man kann in einem Staat nicht auf jede Minderheit Rücksicht nehmen (siehe Feiertage oder Ausschluss von Kindern vom Sportunterricht). Auch der existierende Fachkräftemangel und die Einführung der Rente mit 63 ein unhaltbarer Widerspruch. Ich bin selber erst 22 und muss leider sagen, dass ich meine Rente schon so gut wie abgeschrieben habe. Auch ist es geheuchelt von unserem Staat die Fachkräfte aus dem Ausland zu holen bzw. Flüchtlinge zu integrieren und ihr Fachwissen (z.B. ÄrztInnen oder LehrerInnen) zu nutzen um unseren Wohlstand zu sichern. Diese Menschen werden in ihren Heimatländern dringender gebraucht."

In anderen Aussagen wird die Angst vor dem Fremden auf den Islam projiziert:

„Für meine Enkel. Sie sollen in einem Deutschland leben und nicht in einem neuen islamischen Staat. Der Islam will die Macht, siehe Presseklub ARD. Moslems werden immer die ‚eigene Familie' wählen. Sie werden in allen Parlamenten sein. In einigen Jahrzehnten werden sie entsprechend ihrer Macht die Gesetze ändern können."

In weiteren Aussagen wird die Kritik an den Medien spezifischer.[14] In anderen Aussagen erfährt die Medienkritik eine geradezu verschwörungstheoretische Wendung: „die stecken doch alle unter einer Decke". „zeigen das ich nicht einverstanden bin - animiert durch die Medien bin ich der Meinung das unsere offizielle Presse nur Mittel zum Zweck der politischen, aktuellen Macht in Deutschland ist, etwaige 2te Meinungen werden sofort in die rechte Ecke gedrängt."

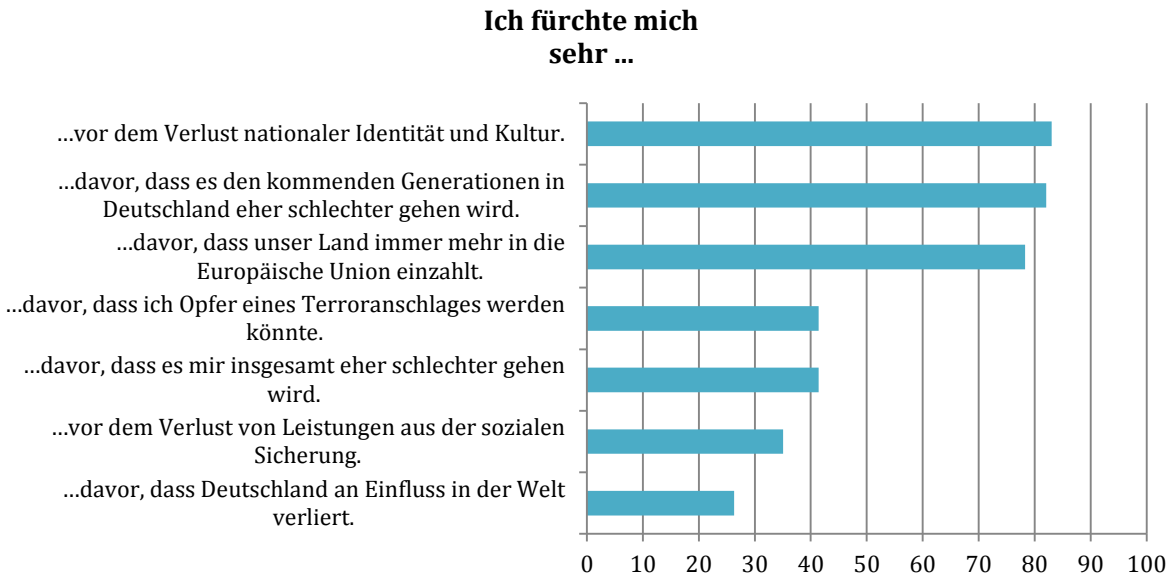


Abbildung 14: Aussagen Zukunftsängste (Angaben in Prozent)

[14] „Zur „Medienpolitik" in Deutschland: Ich bin mit der politischen Situation in vielen Punkten nicht einverstanden. Insbesondere der Medienbereich. Den Aufbau finde ich fragwürdig, die Finanzierung vieler Bereiche und Sendungen nicht gerechtfertigt. Zum Beispiel Herr Jauch. Ich hoffe er bekommt nicht wirklich 4000 Euro je Minute für seine Diffamierungen der steuerzahlenden Bürgerschicht. Ansonsten erschreckt es mich, wie sich deutsche Politiker in und außerhalb Deutschlands über unsere Heimat äußern. Ich hoffe deren Wünsche werden nie Realität. Mich bewegt außerdem die Umsetzung der Asylpolitik. Einziges Interesse scheint die Befriedigung der Asylwirtschaft. Ich habe mir die hochgelobten Gegendemonstranten aus nächster Nähe angeschaut und mit ihnen gesprochen. Jugendliche und sehr junge Erwachsene, die gegen Staat und Volk skandierten und sich eine erneute Bombardierung Deutschlands zur Auslöschung des Volkes wünschen. Wie können Medien das unterstützen? Wie kann man solche Menschen ernst nehmen? Noch ein Grund zu Pegida zu gehen!".

Die Angst vor dem Fremden kommt auch in den Reaktionen auf vorformulierte Aussagen zum Ausdruck. Der Aussage „Ich fürchte mich sehr vor dem Verlust nationaler Identität und Kultur“ stimmen über 80% der Befragten zu, dicht gefolgt von der (häufig damit verbundenen) Angst, dass es den kommenden Generationen in Deutschland schlechter gehen wird. Vor allem die Angst vor nationalem Identitäts- und Kulturverlust ist erstaunlich, zieht man den geringen Anteil von AusländerInnen in Dresden und Sachsen in Betracht.

Wir haben die Befragten schätzen lassen, wie hoch der prozentuale Anteil der Muslime an der sächsischen Bevölkerung ist. Es wurden Zahlen von 0% (dreimal genannt) bis 40% (einmal genannt) angegeben. Am häufigsten wurde jedoch 1% (29), 2% (19) und 5% (12) geschätzt. Das bedeutet, dass auch in der subjektiven Wahrnehmung der Anteil von Muslime nicht sehr hoch eingestuft wird. Laut Auskunft der sächsischen Landesregierung lag der Anteil der Muslime in Sachen im Jahr 2010 bei weniger als 0,1%; der AusländerInnenanteil insgesamt betrug zwischen 2 und 3%. Seit 2007 ziehen mehr AusländerInnen fort als nach Sachsen kommmen.[15]

Die Angst um die eigene Person, z.B. Angst davor, Opfer eines Terroranschlages zu werden, oder die Angst vor eigenem sozialem Abstieg sind hingegen weniger verbreitet als die oben genannte diffuse Angst vor dem Verlust nationaler Identität und Kultur. Zumindest für die Gruppe der Befragten wird somit nicht die in der öffentlichen Debatte vertretende Meinung gestützt, die Anhänger von Pegida würden überwiegend durch Abstiegsängste angetrieben.

Einstellungen zu Demokratie, Institutionen und politischer Praxis

Ein zentraler Ausgangspunkt für politische Einschätzungen und Bewertungen ist die Wertschätzung von Demokratie als der normativen Grundlage, auf der konkrete politische Institutionen, Akteure und Prozesse beurteilt werden. Die Befragten sollten auf einer sechsstufigen Skala angeben, was sie „im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen“, wobei ausdrücklich betont wurde, dass es nicht um die Beurteilung der tatsächlich bestehenden Demokratien gehe (Tabelle 7).

Tabelle 7: Aussagen zur Idee der Demokratie (Angaben in Prozent)

	Sehr dafür	**Ziemlich dafür**	**Etwas dafür**	**Etwas dagegen**	**Ziemlich dagegen**	**Sehr dagegen**	**Weiß nicht**
Was würden sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen?	56,5	29,6	4,3	2,6	1,7	0	5,2

Die Idee der Demokratie genießt bei den Befragten eine hohe Wertschätzung (90,4% sind sehr oder ziemlich dafür), die nur leicht unter der Zustimmung der Gesamtbevölkerung liegt (nach der Leipziger Mitte-Studie 2014: 91,3%). Es ist bemerkenswert, dass keine/r der Befragten die Idee der Demokratie kategorisch ablehnt. Eine andere Sache ist die Beurteilung der politischen Realität.

[15] http://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/158372

Vertrauen in Institutionen

Das Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen bzw. Gruppen haben wir mit einer ganzen Reihe von Fragen ermittelt. Zum ersten ging es um das Vertrauen in gesellschaftlich relevante Akteure und Institutionen. Die Befragten sollten auf einer vierstufigen Skala den jeweiligen Grad ihres Vertrauens angeben. Neben den Positionen „sehr viel", „ziemlich viel", „wenig" und „überhaupt kein Vertrauen" bestand noch die Antwortmöglichkeit „weiß nicht".

Auffällig ist, dass allen abgefragten Institutionen bzw. Akteuren sehr wenig Vertrauen entgegengebracht wird. Abbildung 15 weist vor diesem Hintergrund nur die Anteile für „wenig" oder „überhaupt kein Vertrauen" aus. Im Gesamtbild zeigt sich ein enorm hohes Maß an Misstrauen. Die Summe der beiden Kategorien „wenig Vertrauen" und „überhaupt kein Vertrauen" liegt mit wenigen Ausnahmen nahe bei 100%. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass nur wenige der Befragten diesen Akteuren „ziemlich viel" oder gar „sehr viel" Vertrauen schenken. Die Bundesregierung, Bundestag und Banken weisen besonders hohe Anteile für „überhaupt kein Vertrauen" auf (89% bzw. 64%). Bemerkenswert ist auch das hohe Misstrauen gegenüber den Medien (Fernsehen und Zeitungen), wie es auch bei der häufig skandierten Parole „Lügenpresse" zum Ausdruck kommt. Aber auch Kirchen, Banken und Großkonzerne schneiden schlecht ab, während Gerichten, Bürgerinitiativen und vor allem der Polizei weniger misstraut wird.

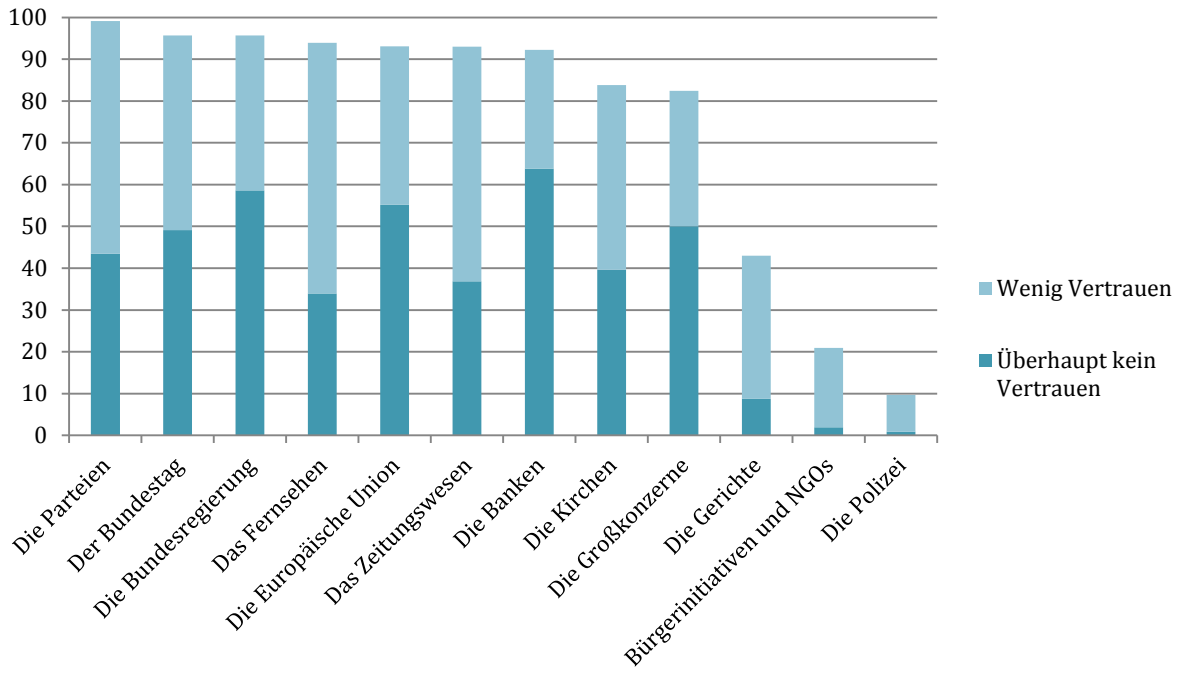


Abbildung 15: Vertrauen in Institutionen (in Prozent)

Das Misstrauen in die meisten Institutionen und Akteure (Bundesregierung, Bundestag, Medien) liegt bei den Befragten weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.[16] Dort schenkten den Parteien 66,1% wenig oder kein Vertrauen. Die entsprechenden Werte betragen für den Bundestag 54,6%, für die Gerichte 43,7% und für die Polizei 19,3%. Dieser letzte Wert verdient Beachtung, zeigt sich doch bei der Online-Umfrage mit rund 10% ein geringes Misstrauen in die Polizei im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Die relativ große Anerkennung der Rolle und Arbeit der Polizei im Kontext von Pegida wurde auch durch die Beiträge verschiedener RednerInnen zum Ausdruck gebracht und spiegelte sich in der Aufforderung der OrganisatorInnen, Anweisungen der Polizei Folge zu leisten. In diesem Zusammenhang ist zudem auf die Rolle der zahlreichreichen Pegida-OrdnerInnen hinzuweisen, die, in ihrem Selbstverständnis, wohl eine Regulierungsfunktion übernehmen, welche die Aufgaben der Polizei ergänzt.

Dem enorm hohen Grad an Misstrauen gegenüber etablierten gesellschaftlichen und politischen Akteuren entsprechen skeptische und kritische Einschätzungen bezüglich einer Reihe von weiteren Fragen. Zentral ist hier zunächst die Einschätzung, ob die Bundesrepublik Deutschland als ein funktionierendes politisches System wahrgenommen wird und ob die Befragten selbst glauben, auf das Handeln der Regierung Einfluss nehmen zu können.

Tabelle 8: Funktionieren des politischen Systems und eigener Einfluss auf Regierung (Angaben in Prozent)

	Lehne völlig ab	**Lehne überwiegend ab**	**Stimme teils zu/teils nicht zu**	**Stimme überwiegend zu**	**Stimme ganz zu**
Unser politisches System, also die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, funktioniert gut	28,4	41,4	24,1	5,2	0,9
Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	3,4	6,9	20,7	31	37,9

Die überragende Mehrzahl der Befragten widerspricht eher oder völlig der Ansicht, das politische System der Bundesrepublik funktioniere gut (69,8%). In der Gesamtbevölkerung liegt diese Zahl deutlich unter 50% (laut Leipziger Mitte-Studie 2014). Noch niedriger ist der Anteil der Unzufriedenen gemäß der ALLBUS-Befragung von 2013. Auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 5 (sehr zufrieden) im Hinblick darauf, „wie die Demokratie derzeit in Deutschland funktioniert“, vergaben 10,4% der Gesamtbevölkerung den Wert 1 und weitere 16,0% den Wert 2. Dass Protestierende in aller Regel einen größeren Grad an Unzufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems aufweisen, liegt in der Natur der Sache und sollte nicht überraschen.

Gut zwei Drittel (68,9%) der von uns befragten Pegida-AnhängerInnen meinen zudem, keine oder nur geringe Einflussmöglichkeiten auf das Tun der Regierung zu haben. In dieser Einschätzung weichen die Befragten nicht signifikant vom Durchschnitt der Gesamtbevölkerung ab (laut Leipziger Mitte-Studie 2012: 77,6%).

[16] Vgl. World Value Survey Wave 6 2010-2014 Official Aggregate v.20140429. World Values Survey Association (www.worldvaluessurvey.org). Aggregate File Producer: Asep/JDS, Madrid Spain.

6 Aussagen aus dem Pegida-Kontext

Wir haben auch den Kenntnisstand des 19-Punkte-Programms von Pegida sowie die Unterstützung des Programms abgefragt (Tabelle 9). Insgesamt geben die Befragten überwiegend an, das Programm sehr gut zu kennen (81%). 55% unterstützen es vollkommen und 43% teilweise. Aus Tabelle 9 wird ersichtlich, dass diejenigen, die das Programm sehr gut kennen, dieses auch stark unterstützen. Paradoxerweise wird es von zwei Personen unterstützt (vollkommen oder teilweise), die angeben, das Programm nicht zu kennen.

Tabelle 9: Das 19-Punkte-Programm von Pegida … (in absoluten Zahlen)

	...unterstütze ich vollkommen.	**...unterstütze ich teilweise.**	**Weiß nicht.**	**Gesamt**
...kenne ich überhaupt nicht.	1	1	3	5
...kenne ich nur teilweise.	2	14	0	16
...kenne ich sehr gut.	63	37	0	100

Tabelle 10: Zustimmung zu Aussagen aus Pegida Programm (Angaben in Prozent)

	Stimme überhaupt nicht zu	**stimme eher nicht zu**	**Stimme eher zu**	**Stimme voll und ganz zu**	**Weiß nicht**
Im Großen und Ganzen ist der Ausdruck „Lügenpresse“ zutreffend.	0	1,7	41,5	55,9	0,8
Die deutsche Kultur wird von den Ausländern bedroht	2,6	24,1	48,3	25	0
Gender Mainstreaming“ ist eine zwanghafte Geschlechtsneutralisierung unserer Sprache	2,6	4,3	23,1	54,7	15,4
Quotenregelungen für Frauen am Arbeitsplatz sind gerecht	31,4	29,7	26,3	9,3	3,4
Mich besorgt eher die wachsende Spaltung zwischen Reichen und Armen und weniger die Frage von Asylbewerbern und Migranten	13,7	30,8	28,2	20,5	6,8

Mit Blick auf die spezifischen Inhalte und möglichen Antriebsmomente von Pegida haben wir fünf Fragen gestellt, die mit sehr eindeutiger Tendenz beantwortet wurden. Dem häufig skandierten Ausdruck „Lügenpresse“ stimmten satte 97,4% der Befragten eher bzw. voll und ganz zu. Ein hoher Anteil sah zudem die deutsche Kultur als von Ausländern bedroht (73,3%) und wandte sich gegen die Quotenregelung für Frauen am Arbeitsplatz (35,7%). Im Hinblick auf die öffentlich kontrovers diskutierte Frage, ob bei Pegida, wie es die Namensgebung nahe legt, tatsächlich die Fragen von Asyl und Migration und nicht vielmehr die Sorge um die Spaltung zwischen Arm und Reichen ausschlaggebend sei, tendierten 48,7% zur letzteren Problematik, während dem 44,5% eher widersprachen. Diese Ergebnisse, so betonen wir erneut, sind nicht auf die Gesamtmenge der Demonstrierenden übertragbar.

Neben der beachtlichen Anzahl von Fragen mit vorgegebenen („geschlossenen") Antwortkategorien haben wir auch zwei offene Frage gestellt, bei der die Antwortenden ihre eigenen Formulierungen eintragen konnten. Der weitaus größte Teil der Befragten hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Der Wortlaut der ersten Frage lautet: „Für welche Anliegen stehen Ihrer Meinung nach die Pegida-Demonstrationen?" Die zweite Frage zielte auf die persönliche Motivation für das Engagement: „Welches Anliegen wollen Sie persönlich durch Ihre Teilnahme an den Pegida-Demonstrationen zum Ausdruck bringen?"

Die detaillierte Auswertung der dieser beiden Fragen ist im Abschnitt 12 zu finden. Insgesamt ergab sich ein starkes Gewicht von Antworten, die sich als eine Kritik an etablierter Politik, als eine umfassende Systemkritik und als Forderungen nach einer Reform der Demokratie verstehen lassen. Wenig überraschend spielt auch der Themenkomplex Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik eine wichtige Rolle, während die ansonsten so präsente Medienkritik nur gelegentlich zum Ausdruck gebracht wird.

7 Positionen zum Rechtsextremismus

Da Pegida öffentlich vorgehalten wurde, die Proteste seien zur extremen Rechten hin offen, enthielt der Fragebogen zusätzlich zur Selbsteinordnung auf der Links-Rechtsskala und zur Frage nach der letzten Wahlentscheidung Elemente des „Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)", auf dem die Studien zum „Rechtsextremismus der Mitte" aufbauen. Aus diesem Instrument wurden fünf von sechs zentralen Dimensionen rechtsextremer Weltbilder ausgewählt[17] (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus [=übersteigerter Nationalismus], Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Ausländerfeindlichkeit) und anhand der Zustimmung zu jeweils zwei Aussagen (eine zum Antisemitismus) gemessen (Tabelle 11).

[17] Weggelassen wurde die Dimension Sozialdarwinismus. Aus den ursprünglich drei Aussagen pro Dimension wurden jeweils die beiden ausgewählt, die die Dimension nach einer Faktorenanalyse am besten repräsentieren. Oliver Decker, Andreas Hinz, Norman Geißler und Elmar Brähler (2013): Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung - Leipziger Form (FR-LF). In: Decker, Kiess und Brähler, Rechtsextremismus der Mitte. (FN 29), S. 208.

Tabelle 11: Fragen zum Rechtsextremismus (Angaben in Prozent)

Aussage	Pegida Zustimmung[i]	Pegida „Stimme teils zu/teils nicht zu“	Gesamtbevölkerung nach Mitte Studie 2014[ii]
Befürwortung rechtsautoritäre Diktatur			
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform	7,8	27	6,7
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert	4,3	12,2	9,2
Chauvinismus			
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben	81	15,5	29,8
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland	34,5	46,6	21,5
NS-Verharmlosung			
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden	11,4	15,8	6,9
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten	5,2	21,7	9,3
Ausländerfeindlichkeit			
Die Ausländer kommen nur hier her, um unseren Sozialstaat auszunutzen	34,2	53,8	27,2
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet	41,4	37,1	27,5
Antisemitismus			
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß	14,8	17,4	11,6

[i] Diese Angaben fassen die Angaben „Stimme ganz zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zu den Fragen der jeweiligen Dimensionen zusammen.
[ii] Decker, Kiess und Brähler (2014): Die Stabilisierte Mitte.

Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen liegt im Großen und Ganzen über der in der Gesamtbevölkerung. Nur bezüglich zweier Aussagen („Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“, „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“) liegt die Zustimmung der Online-Befragten leicht unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Besonders hoch ist die Zustimmung der Online-Befragten zu der Aussage „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ – diese ist mit 81% mehr als doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Auch die Zustimmung zu den ausländerfeindlichen Aussagen liegt deutlich über dem der Gesamtbevölkerung. Die Anzahl derjenigen, die auf die ausländerfeindlichen Aussagen ausweichend mit „ich stimme teils zu/teils nicht zu“ antworten, ist sehr hoch (53,8% und 37,1%). Dies lässt vermuten, dass die Zustimmungswerte hier de facto noch höher liegen und gerade hier die soziale Erwünschtheit der Antworten zur Geltung kam.

8 Islamfeindlichkeit und Abwertung von AsylbewerberInnen

Tabelle 12: Fragen zur Islamfeindlichkeit und Abwertung von Asylsuchenden (Angaben in Prozent)

	Pegida Zustimmung[i]	**Pegida „Stimme teils zu/teils nicht zu“**	**Gesamtbevölkerung nach der Mitte Studie 2014**
Islamfeindschaft			
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden	9,7	26,8	36,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land	28,5	35	43
Abwertung von Asylbewerbern			
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein (Ablehnung)	80,5	12	76
Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich in ihrem Heimatland verfolgt zu werden	48,7	35	55,3

[i] Diese Angaben fassen die Angaben „Stimme ganz zu“ und „Stimme überwiegend zu“ zusammen

Verglichen mit den Ergebnissen der „Mitte Studie 2014“[18] liegt die Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen überraschenderweise unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Allerdings ist die Anzahl derjenigen, die auf diese Fragen ausweichend mit „ich stimme teils zu/teils nicht zu“ antworten, sehr hoch (26,8% und 35%). Dies lässt vermuten, dass die Zustimmungswerte in Wirklichkeit höher liegen. Bemerkenswert hoch ist die Ablehnung von Manifestationen muslimischer Kultur in Deutschland (Tabelle 12). Aufgrund anhaltender öffentlicher Debatten um diese Aspekte kann vermutet werden, dass die ablehnende Haltung der von uns Befragten offener zutage tritt, da diese sich im Einklang mit relevanten Teilen der Bevölkerung wissen, was nicht in gleicher Weise für Fragen gilt, die auf rechtsradikale Einstellungen zielen.

Die Ablehnung einer großzügigen Prüfung von Asylanträgen liegt bei den Befragten deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Die Zustimmung zur Aussage „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ liegt unter dem Bevölkerungsdurchschnitt – jedoch lässt sich auch hier aufgrund der hohen ausweichenden „teils/teils“-Antworten (35%) vermuten, dass die soziale Erwünschtheit das tatsächlich vorhandene Meinungsbild vieler Befragten verzerrt.

[18] Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2014): Die Stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf

Tabelle 13: Aussagen zur Einbindung islamischer Kultur (Angaben in Prozent)

	Pegida	**Gesamtbevölkerung nach Studie Deutschland postmigrantisch**[i]
Eine muslimische Lehrerin sollte das Recht haben, im Schulunterricht ein Kopftuch zu tragen (Ablehnung[ii])	98	48,6
Der Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen sollte in Deutschland eingeschränkt werden (Zustimmung[iii])	93	42,2

[i] Foroutan, Naika; Canan, Coşkun; Arnold, Sina; Schwarze, Benjamin; Beigang, Steffen; Kalkum, Dorina (2014): Deutschland postmigrantisch I.Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse. Humboldt-Universität zu Berlin. https://junited.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-1/
[ii] Diese Angaben fassen die Angaben „Stimme überhaupt nicht zu" und „stimme eher nicht zu" zusammen.
[iii] Diese Angaben fassen die Angaben „Stimme voll und ganz zu" und „stimme eher zu" zusammen.

Bei der Suche nach geschlechts- und altersspezifischen Besonderheiten im Hinblick auf eine ganze Reihe von Einstellungen der Befragten ergaben sich keine besonderen Auffälligkeiten. Insgesamt machen sich die befragten Frauen mehr Sorgen und haben weniger Vertrauen als die Männer. Bei den Altersunterschieden weichen vor allem die Personen ab dem Alter von 65 Jahren gelegentlich ab. Aber bei den meisten Fragen zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede. Dies gilt auch für die Gruppen derer, die bislang eher selten oder eher öfter an Pegida-Demonstrationen teilgenommen haben. Es zeigt sich lediglich, dass die eher häufig Demonstrierenden auch eher rechten Positionen zuneigen.

9 Ähnliche Gruppen unter den Demonstrierenden (Cluster-Analyse)

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Verfahren, um Gruppen von Befragten zu identifizieren, die eine Reihe von Fragen innerhalb der jeweiligen Gruppe ähnlich beantworten bei gleichzeitig deutlichen Unterschieden zwischen den Gruppen. Es geht also darum in sich homogene Gruppen zu identifizieren, die sich untereinander möglichst deutlich unterscheiden.[19]

Wir haben dieses Verfahren[20] auf 36 Einstellungsfragen angewendet, die in den vorhergehenden Abschnitten bereits vorgestellt wurden. Unsere Ausgangserwartung war, unterschiedliche Segmente unter den Demonstrierenden identifizieren zu können. Diese Erwartung hat sich nicht, zumindest nicht in der erwarteten Deutlichkeit, gezeigt. Es lassen sich der Tendenz nach zwei Gruppen identifizieren, die sich allerdings nicht sehr prägnant unterscheiden. Es ließe sich auch die These vertreten, dass die Teilnehmenden der Befragung – die, wie gesagt, nicht alle Demonstrierenden repräsentieren – eine in sich relativ einheitliche Gruppe bilden. Wenn man sich aber dennoch für eine Gruppenbildung entscheidet, zeichnen sich zwei Gruppen ab, die wir „Ausländerfeindliche" und „Entfremdete" genannt haben.

[19] Vorgeschaltet war eine Faktorenanalyse: Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation. Identifiziert wurden 12 Faktoren, wobei diese Entscheidung nicht sehr eindeutig ist. Es sind auch gemessen an der Fallzahl (N=84) relativ viele Faktoren. Die Clusteranalyse ist eine K-Means-Analyse. Dabei lassen sich zwei Gruppen identifizieren, nachdem zuvor 6 Ausreißerfälle (die sonst einzeln oder zu zweit eine Gruppe bilden) ausgeschlossen wurden.

Die *Ausländerfeindlichen* (N=54, 69%) lehnen eine multikulturelle Gesellschaft ab und wenden sich entsprechend gegen die verschiedenen Aspekte von Multikulturalität. Sie sehen zu höheren Anteilen die deutsche Kultur durch AusländerInnen bedroht; sie machen sich Sorgen um zu geringen Einfluss Deutschlands in der Welt und fordern ein energisches Durchsetzen deutscher Interessen; sie lehnen auch zu höheren Anteilen die Frauenquote ab und finden homosexuelle Männer abstoßend. Eine Minderheit innerhalb dieser Gruppe neigt zu rechtsradikalen Einstellungen mit einer Zustimmung zu der Aussage, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus übertrieben dargestellt würden, die Juden zu viel Einfluss hätten und der Nationalsozialismus seine guten Seiten habe. Dies sind keine dominanten Einschätzungen innerhalb dieser Gruppe, doch eine Minderheit denkt in dieser Weise.

Entsprechend findet sich in dieser Gruppe eine kleine Fraktion von NPD-Wählern. Insgesamt dominieren allerdings in beiden Gruppen die Wähler der AfD, insbesondere was die zukünftige Wahlabsicht angeht. In dieser Gruppe sind auch die Zugereisten zu finden.[21]

Die *Enttäuschten* (N=24, 31%) haben weniger Sorgen vor einem Niedergang der deutschen Kultur und sie fühlen sich auch weniger durch AusländerInnen bedroht, wenngleich auch unter ihnen Ausländer und der Islam in vielfältiger Weise abgelehnt werden. Deutlicher ausgeprägt ist in dieser Gruppe das Misstrauen, insbesondere gegenüber politischen Institutionen und Politikern. Hinzu kommen etwas stärkere Sorgen bezüglich eines individuellen Abstiegs und einer Verschärfung sozialer Probleme in Deutschland. Die Quotenregelung für Frauen findet dagegen Zustimmung bei einer deutlichen Mehrheit in dieser Gruppe und Homosexualität ist für diese Menschen eine Normalität.

Die Enttäuschten haben bei der vergangenen Bundestagswahl und der letzten Landtagswahl zu deutlich höheren Anteilen CDU/CSU, SPD oder FDP gewählt, auch die Linkspartei hat unter den Enttäuschten einen höheren Anteil bei den letzten Wahlen gehabt. Der Frauenanteil ist etwas höher und die Bildung in dieser Gruppe etwas niedriger.

Bei den skizzierten Unterschieden gilt allerdings weiter, dass in beiden Gruppen eine Abneigung gegen AusländerInnen, insbesondere Muslime, dominiert, das Vertrauen in politische Institutionen und Akteure sowie die Medien ausgesprochen gering ist und Sorgen um eine Verschlechterung der Lage in Deutschland weit verbreitet sind.

10 Vergleich von drei Befragungen von Pegida-AnhängerInnen

Kurz vor bzw. fast zeitgleich zu unserer Befragung mit einer Beteiligung von lediglich 123 Personen wurden zwei weitere Befragungen unternommen: zum einen eine Untersuchung der Technischen Universität Dresden unter Leitung des Spezialisten für politische Theorie Hans Vorländer (440 Befragte); zum anderen eine Befragung des Göttinger Instituts für Demokratieforschung unter Leitung des auf Parteienforschung und Demokratiefragen spezialisierten Franz Walter (rund 500 Befragte). Es liegt nahe, die Ergebnisse aller drei Studien zu vergleichen, wobei Vorbehalte geltend zu machen sind, die sich aufgrund unterschiedlicher

[21] Die Zugereisten sind allerdings nicht dominant die NPD-WählerInnen. Diese finden sich auch unter den Menschen aus Dresden und Umgebung.

Zugangsverfahren der Befragung und unterschiedlicher Fragenkataloge, Fragenformulierungen und Antwortkategorien ergeben. Wir beschränken uns an dieser Stelle auf eine grobe Übersicht und wenige Anmerkungen zur Vergleichbarkeit der Studien und zu einigen Befunden.

Das Nebeneinander von drei etwa zeitgleich vorgehenden ForscherInnengruppen, die zunächst keine wechselseitige Kenntnis ihrer Vorhaben hatten, legt es nahe, bei künftigen Untersuchungen dieser Art bereits im Vorfeld Kontakt aufzunehmen und, soweit möglich, die Untersuchungsinstrumente einander anzugleichen, ohne notwendigerweise auch die Methodik des Zugang (direkte Interviews, schriftliche Fragebogen, Online-Befragung) zu vereinheitlichen. Unterschiedliche Zugänge und Verfahren könnten zur Validierung der Befunde beitragen.

Die Methode unserer Studie wurde in den Abschnitten 2 und 3 relativ eingehend beschrieben. Die beschränkte Aussagekraft dieser nicht-repräsentativen und auf schmaler Basis ruhenden Befragung ist evident und wurde mehrfach unterstrichen.

Die Methodik der Dresdener Studie ist bislang nur teilweise, und erst auf Nachfrage hin, halbwegs deutlich geworden. Dieser Umstand, vor allem aber auch die auf die Gesamtheit von Pegida gemünzten Interpretation der in drei Befragungswellen erhobenen Befunde wurde von mehreren methodisch versierten WissenschaftlerInnen einer teils scharfen Kritik unterzogen, die wir hier nicht im Einzelnen wiedergeben und diskutieren wollen. Klar ist jedenfalls, dass auf Basis dieser Befragung nicht, wie anfangs und weiterhin behauptet, Aussagen über den „typischen" Pegida-Anhänger möglich sind. Erst nachträglich wurde von den Dresdener Autoren betont, dass auch ihre Studie keine Repräsentativität beanspruchen kann, wobei – im Widerspruch dazu – erneut daran festgehalten wurde, man könne durchaus „begründete und belastbare Rückschlüsse über die Teilnehmer der Pegida-Veranstaltungen" ziehen[22]. Die Dresdener Studie scheint auf einer direkten Befragung durch InterviewerInnen zu beruhen, ist also keine Online-Umfrage. Insofern hat sie, abgesehen von der auch hier fehlenden Repräsentativität, den Vorteil, dass hier keine Verzerrung dadurch vorliegt, dass die NutzerInnen des Internet weder ein verkleinertes Spiegelbild der Demonstrierenden noch der Gesamtbevölkerung sind.

Die Göttinger Studie basiert auf einer Online-Befragung. Es wurden Handzettel mit der Aufforderung, sich an der Befragung zu beteiligen, bei derselben Pegida-Veranstaltung ausgegeben, bei der auch die Berliner VerteilerInnen unterwegs waren. Die Verteilung der Göttinger Handzettel erfolgte während der Auftaktkundgebung und während des Demonstrationsmarsches zu einzeln operierende HelferInnen, die in der Regel ohne weitere Erklärungen Zettel anboten, fallweise aber auch zu kurzen Gesprächen und Erklärungen genötigt wurden. Ob bei der Ausgabe der Handzettel eine Systematik der räumlichen Verteilung nach einem Zufallsprinzip zu Geltung kam, entzieht sich bislang unserer Kenntnis. Ein klar benennbares methodisches Problem dieser Online-Befragung besteht darin, dass ein und dieselbe Person den Fragebogen mehrfach ausfüllen kann bzw. dass der Link zum Fragebogen an FreundInnen und Bekannte, vielleicht auch Mitglieder eines bestimmten Netzwerkes oder beispielsweise AnhängerInnen der AfD mit der Aufforderung weitergeben gegeben werden kann, sich ebenfalls an der Befragung zu beteiligen. (Das wurde bei der Berliner Befragung durch einen individualisierten Zugangscode verhindert.) Im Unterschied zu den Autoren der Dresdener Studie haben die Göttinger WissenschaftlerInnen von Anfang an betont, dass ihre

[22] In Der Welt vom 15.01.2014. http://www.welt.de/politik/deutschland/article136426537/Wie-fremdenfeindlich-sind-Pegida-Anhaenger-wirklich.html

Ergebnisse nicht repräsentativ sind und somit kein verkleinertes Abbild der an diesem Tage Protestierenden bieten können.

Mit Blick auf sozio-demografische Merkmale ergeben sich Vergleich der drei Studien keine starken Abweichungen. Es bestätigt sich der auch aus unseren Beobachtungen gewonnene Eindruck einer stark männerdominierten Protestveranstaltung. Die Altersverteilung ist aufgrund unterschiedlicher Kategorien derzeit nur begrenzt vergleichbar. Abweichungen scheinen sich vor allem mit Blick auf die ältere Generation zu zeigen (Dresden: 26% über 60 Jahre, Göttingen: 18,2% über 56 Jahren; Berlin: 10% über 60 Jahre). Auch im Hinblick auf die überwiegende Herkunft der Demonstrierenden aus Dresden und Umgebung ergeben sich ähnliche Befunde. Darüber hinaus, etwa mit Blick auf politische Einstellungen, sind die drei Studien auf Grund anders lautender Formulierungen von Fragen oder unterschiedlicher Antwortkategorien nicht oder nur sehr begrenzt vergleichbar. Allerdings wurde sowohl in unserer Studie als auch der Göttinger Studie nach dem Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl und der letzten Landtagswahl gefragt. Vor allem für die Landtagswahlen fallen die Ergebnisse sehr ähnlich aus.

Tabelle 14: Vergleich von Befunden der Befragungen TU Dresden – Göttingen – Berlin

Studie	Dresden	Göttingen	Berlin
Alter	- Mittelwert: 48 Jahre - Über 60 Jahre: 26% - Unter 39 Jahre: 35%	- Mittelwert: k.A. - Über 56 Jahre: 18,2% - Unter 35 Jahre: 27,1%	- Mittelwert: 40,48 Jahre - Über 60 Jahre: 10% - Unter 35 Jahre: 41,7% - Unter 39: 52,5%
Geschlecht	- Männlich: 75%	- Männlich: 81,5%	- Männlich: 76%
Bildung	- Hochschulabschluss: 28%	- Hochschulabschluss: 39,4%	- Hochschulabschluss: 35%
Herkunft	- Dresden + Umgebung: 36% - Sachsen: 38% - Ostdeutschland 9%	- Dresden: 37,8% - Dresden Umgebung: 31,4% - Sachsen: 17,6%	- Dresden: 44,2% - Dresden Umgebung: 41,7% - Ostdeutschland: 9,8%
Partei, Bundes-tagswahl[i]		- AFD: 44,8% - CDU: 28,5% - Linke: 6,8% - SPD: 6% - NPD: 4,3% - FDP: 3,6%	- AFD: 38,1% - CDU: 24,7 - Linke: 14,4% - SPD: 7,2% - NPD: 3,1% - FDP: 5,2%
Partei, Landtags-wahl		- AFD: 51,3% - CDU: 22,7% - Linke: 5,4% - SPD: 4,7% - NPD: 4,7% - FDP: 5,1%	- AFD: 57,4% - CDU: 13,8% - Linke: 6,4% - SPD: 4,3% - NPD: 4,3% - FDP: 6,4%

[i] Von denjenigen, die angegeben haben eine Partei gewählt zu haben.

11 Ergebnisse der Demonstrationsbeobachtung

Aufgaben(-verteilung) der strukturierten Demonstrationsbeobachtung

Die teilnehmende Beobachtung von Protestaktivitäten ist eine inzwischen etablierte, wenngleich nicht häufig praktizierte Methode der empirischen Sozialforschung. Dabei wird das Verhalten und Handeln der Demonstrierenden möglichst detailliert und unvoreingenommen festgehalten, um auf Grundlage dieses empirischen Materials eine systematische Analyse durchführen zu können. Die unmittelbare Präsenz und persönliche Interaktion der BeobachterInnen und, in unserem Fall, auch der zahlreichen studentischen HelferInnen ermöglichen es, Aspekte des Handelns und der Äußerungen von Demonstrierenden festzuhalten, die aus der ausschließlichen Analyse von Texten oder Ton- bzw. Videoaufnahmen nicht gewonnen werden können. Eine persönliche Involvierung ist also trotz der Notizen und des Beobachtungsprotokolls nicht nur unvermeidlich, sondern ein wesentliches Merkmal dieser Methode. Dennoch wird weder die wissenschaftliche Reflexion während der Arbeit vernachlässigt, noch in das beobachtete Geschehen eingegriffen. Es werden keine Reaktionen provoziert, sondern der Ablauf der Demonstration sowie das Verhalten der Demonstrierenden dokumentiert. Nach einer Vorbeobachtung am 5. Januar 2015 (Dieter Rucht gemeinsam mit Piotr Kocyba, der bereits zuvor mehrfach Demonstrationen von Pegida begleitet hat) wurden 26 HelferInnen der TU Chemnitz (MitarbeiterInnen des Instituts für Europäische Studien sowie hauptsächlich Studierende der Europastudien) in 11 Gruppen aufgeteilt, die mit folgenden Aufgaben betraut wurden:

- **TeilnehmerInnenzahl** [zwei Teams] Zwei Gruppen, bestehend aus je zwei Personen, haben unabhängig voneinander die TeilnehmerInnen des 12. Pegida „Spaziergangs“ geschätzt. Um eine möglichst objektive Zahl zu gewinnen, wurde zusätzlich eine Schätzung von erfahrenen ProtesforscherInnen um Dieter Rucht vorgenommen.

- **Bühnengeschehen** [ein Team] Hierbei stand im Mittelpunkt des Interesses der formale Ablauf des Bühnengeschehens, die Reden und ihre Wirkung auf die ZuhörerInnen einschließlich der Stärke des Beifalls, der Sprechchöre, der Interaktion zwischen RednerInnen und Publikum etc. Zudem wurden die Ansprachen auf einem Tonbandgerät aufgezeichnet und später transkribiert.

- **Demographie** [ein Team] Ziel war es, die Verteilung der Geschlechter und eine Abschätzung der Verteilung der Altersgruppen vorzunehmen. Dabei galt ein besonderes Augenmerk der Zusammensetzung der Untergruppen sowie deren Auftreten und (sofern über Verhalten und einschlägige Symbole erkennbar) politische Einstellung.

- **Plakate, Banner und Fahnen** [zwei Teams] Hier wurden möglichst alle Plakate, Banner und Fahnen gezählt, im Wortlaut notiert und deren Produktionsprofessionalität abgeschätzt. Zu beachten war auch, welche Organisationen sich wie sichtbar machen und gegebenenfalls deren Flugblätter mitzunehmen.

- **Publikumsreaktionen** [zwei Teams] Besonderes Augenmerk lag auf den physischen Publikumsreaktionen, die notiert und grob quantifiziert wurden. Wichtig war es, der Heterogenität des Publikums insofern gerecht zu werden, als dass die unterschiedlichen Reaktionen verschiedener Untergruppen differenziert zu beobachten waren.

- **OrganisatorInnen** [ein Team] Dieses Team konzentrierte sich auf die Abläufe neben/ hinter der Bühne. Wer hat das Kommando? Wer stellt die Technik? Wie verläuft der Marsch, wie verlaufen hier die Anweisungen und Kontakte mit den Sicherheitskräften?
- **Polizei- und OrdnerInnen** [ein Team] Im Mittelpunkt des Interesses lag hier die Arbeit der OrdnerInnen, deren Auftreten, Organisationsgrad und Kommunikation mit dem Publikum, den OrganisatorInnen wie auch der Polizei. Letztgenannte sollte in ihrer Reaktion insbesondere auf unvorhergesehene Ereignisse beobachtet werden.
- **Medienverhalten** [ein Team] Aufmerksamkeit sollte sowohl die Arbeit der JournalistInnen als auch die Interaktion zwischen den zahlreichen MedienvertreterInnen und Pegida-AnhängerInnen erfahren.

Grundlage für den folgenden Bericht stellen damit die transkribierten Beobachtungsergebnisse der Chemnitzer HelferInnen sowie die Beobachtungsberichte dar, die alle (auch die BerlinerInnen) TeilnehmerInnen der Untersuchung zu verfassen hatten. Der Textkorpus besteht also aus 11 Beobachtungs- und 50 persönlichen Berichten.

Ablauf des 12. Pegida „Spaziergangs"

Der Ablauf der Pegida-Demonstration am 12. Januar 2015 entsprach dem bis dahin typischen Muster. In einem ersten Teil, der eine halbe Stunde dauerte, begrüßte Lutz Bachmann das Publikum, gab organisatorische Hinweise (Alkoholverbot, Verbot zum Mitführen von Hunden, Verbot von scharfen Gegenständen und Messern) und begann mit seinem Vortrag (ca. 14 Minuten). Darauf folgten eine Rede von Kathrin Oertel, der Pressesprecherin (ca. 12 Minuten), und der so genannte Spaziergang, welcher dieses Mal wegen des Attentats auf Charlie Hebdo als Trauermarsch deklariert wurde. Die Führung des „Spaziergangs" übernahm wie immer die Polizei. Der Marsch wurde durch den Versuch einer Blockade seitens einer Gegendemonstration etwas verzögert. Kurzzeitig wurden Polizeikräfte und OrdnerInnen hektisch. Jedoch konnte der Zug der Pegida-AnhängerInnen die Gegendemonstration problemlos umgehen. Um 20:25 (also nach einem 75minütigen „Spaziergang") begann die Abschlusskundgebung an derselben Stelle, an der die Demonstration begonnen hatte, obschon noch nicht alle Pegida-AnhängerInnen auf dem Platz Skaterpark Lingnerallee eingetroffen waren. Lutz Bachmann wiederholte seine sechs Forderungen an die Politik und verkündete die TeilnehmerInnenzahl von 40.000 Demonstrierenden. Ihm folgte die Rede Frank-Ingo Friedemanns. Danach bat Bachmann wie schon bei früheren Veranstaltungen die Demonstrierenden darum, Lichter (Taschenlampen, Handys etc.) anzumachen, damit ‚der Politik ein Licht aufgehe'. Um 20:50 Uhr verabschiedete er die TeilnehmerInnen mit der warnenden Bitte, in größeren Gruppen den Heimweg anzutreten, weil ihm Informationen vorlägen, dass Provokationen und Übergriffe durch GegnerInnen von Pegida geplant seien.

Organisation

Ein Gespräch mit den OrganisatorInnen vor dem 12. Januar kam nicht zustande; die OrdnerInnen verwiesen auf die Möglichkeit, Fragen über das Internet zu stellen (unsere Versuche einer Kontaktaufnahme, die wir im Vorfeld der Untersuchung unternahmen, wurden ignoriert). Das Organisationsteam trifft sich nach Aussage der OrdnerInnen jeden Dienstag und entscheidet dabei u.a., wer als RednerIn auf die Bühne darf und in welcher Reihenfolge

gesprochen wird. Auch wenn die technische Ausrüstung für die Demonstration augenscheinlich nicht von professionellen Firmen organisiert wird, wirkt der Ablauf diszipliniert und strukturiert. Hierbei spielen das augenfällig große Engagement seitens der Pegida-AnhängerInnen und die flexiblen Strukturen (wie etwa die spontane Bereitschaft, OrdnerIn zu werden) eine wesentliche Rolle.

Bühne

Bei der Bühne handelt es sich um einen etwa 6x2 Meter großen, begehbaren Autoanhänger mit aufklappbaren Seiten. Auffällig ist, dass jegliche Plakate oder Banner fehlen. Die weiße Bühne, die durch die Beleuchtung in der Dunkelheit zu strahlen scheint, wirkt deshalb besonders schlicht. Die Bühnentechnik ist nicht aufwendig – ein Ordner erklärt, es handle sich einfach „nur um Mikro, Leselampe und Mischpult". Auf dem Dach der Bühne sowie rechts und links davon stehen große Lautsprecher. Der Strom wird über einen Generator gewonnen. Die Beleuchtung stellt die Polizei.

Der Bühnenablauf orientiert sich nach Aussage der OrdnerInnen nicht an einem festen Plan – das „Mikro wird einfach weitergereicht". Hinter der Bühne gibt es eine Absperrung von ca. 5x10 Metern (verwendet wird ein Band mit der Aufschrift „Volkswagen", was die Demonstrierenden humorvoll und wohlwollend kommentieren). In diesem Bereich befindet sich eine Art Versammlungsort für die OrganisatorInnen. Ein bis zwei Männer mit Warnwesten stehen abwechselnd auf dem Dach der Anhängerbühne und animieren teilweise das Publikum zum Klatschen. Manche OrdnerInnen klettern hinauf, um die Menge zu fotografieren.

OrdnerInnen

Die OrdnerInnen organisieren sich spontan am Abend der Demo. OrdnerIn werde man durch das Eintragen in eine Liste und durch die Teilnahme an einer kurzen Einweisung 30 Minuten vor der Demonstration. Nach eigener Aussage kennen sich die OrdnerInnen untereinander – viele übernehmen die Aufgabe kontinuierlich. Einer der angesprochenen Ordner betonte, dass es aber auch viele gäbe, die Angst vor dieser Aufgabe hätten. Als OrdnerIn gibt man sich durch das Tragen einer weißen Armbinde mit der Aufschrift „Ordner" oder (viel seltener) einer orangefarbigen Weste zu erkennen.

Unter den OrdnerInnen gibt es augenscheinlich (und nach Aussage derselben, jedoch ohne Details zu erläutern) eine Hierarchie. Darauf deutet auch der Umstand hin, dass manche OrdnerInnen Jacken mit der Aufschrift „Security" tragen und hier wiederum manche über Ohrstecker im Funkkontakt stehen (ob es sich um eine bezahlte Dienstleistung oder um unentgeltliche Hilfe professioneller Wachleute handelt, konnte nicht herausgefunden werden). Die OrdnerInnen bestehen v.a. aus Männern. Frauen finden sich kaum in dieser Gruppe (insgesamt wurden drei weibliche Ordnerinnen gesichtet). Ein Teil der OrdnerInnen, v.a. der junge und sportliche, scheint gute Kontakte zu Gruppen junger Männer unter den Demonstrierenden zu haben, die der Hooliganszene zugeordnet werden können. Es wurde beobachtet, dass sich diese mit den OrdnerInnen teilweise absprechen und während der Kundgebungen, insbesondere um die Bühne und an der Spitze des Demonstrationszuges, eine Art zusätzliche Patrouille bilden.

Die OrdnerInnen sind ein wesentlicher Grund für den disziplinierten Ablauf der gesamten Veranstaltung. So kontrollieren sie während der Kundgebung, ob die Demonstrierenden Glasflaschen, Alkohol oder Hunde mitführen – eine Missachtung dieser Verbote wurde nur in den seltensten Fällen beobachtet. Auch während des „Spaziergangs“ sorgen die OrdnerInnen beispielsweise dafür, dass die Demonstrierenden nur auf der Straße gehen oder keine lauten Sprechchöre anstimmen. Die etwa alle 30 bis 50 Meter aufgestellten OrdnerInnen geben Anweisungen, beispielsweise zum Tempo; jedoch ist auch hier vereinzelt zu beobachten, dass nicht als OrdnerInnen gekennzeichnete Personen Anweisungen an die Demonstrierenden geben. Diese Personen wirken offensichtlich mit den OrdnerInnen zusammen und scheinen die Abläufe zu kennen. Der Kontakt zwischen den Demonstrierenden und OrdnerInnen ist freundlich und vertraut; auch darin kommt das Gemeinschaftsgefühl unter den Pegida-AnhängerInnen zum Ausdruck.

Der überwiegende Teil der BeobachterInnen unterstrich den freundlichen Kontakt mit den OrdnerInnen, von denen ca. acht bis zehn hinter der Bühne versammelt waren. Das Vertrauen musste allerdings erst durch den Verweis auf die eigene Neutralität gesichert werden; so war es ausschlaggebend, zu betonen, kein/e VertreterIn der Presse zu sein. Nach Aussage der OrdnerInnen besteht die Angst, man könnte mit den so gewonnenen Informationen gegen die Pegida „hetzen“. Als Begründung verwiesen die OrdnerInnen häufig darauf, dass es wichtig sei herauszustellen, dass nicht die Pegida, sondern die Gegendemonstration aggressiv sei.

Demographie

Sowohl die Gruppe, die mit der Aufgabe betraut war, Eindrücke über die demographische Zusammensetzung der Pegida-Demonstration zu sammeln, als auch die überwiegende Mehrheit der Beobachtungsprotokolle stimmen darin überein, dass in allen Altersgruppen der Anteil von Männern dominiert. Dabei wurden folgende weitere Tendenzen ausgemacht:

- Je jünger die Demonstrierenden waren, desto auffälliger erscheint die Männerdominanz. In der Altersgruppe bis Ende 30 können bis zu 80 Prozent Männer beobachtet werden. Mit zunehmendem Alter nimmt dieses Missverhältnis etwas ab. Ab einem Alter von etwa 50 Jahren beträgt der Frauenanteil ca. ein Drittel.
- Generell gilt, dass geschlechterhomogene Gruppen sich ausschließlich aus Männern zusammensetzen. Es wurde nur eine Gruppe aus Frauen gesichtet.
- Die Gruppen sind zudem tendenziell nach dem Alter sortiert – eine Ausnahme bilden die wenigen Familien.
- Paare verschiedener Altersgruppen nehmen an der Demonstration entweder einzeln oder in losen Gruppen teil. Je älter die Paare, desto kleiner werden diese Gruppen. Paare ab einem Alter von über 50 Jahren kommen tendenziell alleine zur Demonstration. Paare machen insgesamt etwa 20-25 Prozent der Teilnehmer aus.
- Je größer eine Gruppe, desto stärker von Männern dominiert und desto jünger ist diese. So sind Gruppen von über acht Personen fast immer ausschließlich männlich und jünger als 40 Jahre. Solche Gruppen fallen durch einen ähnlichen Kleidungsstil auf (Bomberjacke, schwarze Mützen/ Kapuzen, dunkle Hosen). Eindeutige Szenesymbole (Thor Steinar, Bulldogge, etc.) sind aber auch hier selten. Meist kann aufgrund des Verhaltens (Rufe wie „Lauter, wir hören nichts“ etc.) oder von Fanartikeln (Dynamo-Schals etc.) auf die Fußballszene rückgeschlossen werden. Diese Gruppen reagieren am stärksten auf die Gegendemonstrierenden. Sie sind es auch, die von den OrganisatorInnen zurückgehalten werden müssen, als es den Versuch einer Blockade

gibt. Vereinzelt wurden hier auch autonome NationalistInnen gesichtet, die sich durch – nicht laute und eher für gruppeninterne Selbstbestätigung bestimmte – Sprechchöre („Frei! Sozial! National!“) zu erkennen gaben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es sich bei den Demonstrierenden zwar um ein männerdominiertes Publikum handelt, dieses aber einen breiten Querschnitt der Bevölkerung widerspiegelt. Die Wahrnehmung, es gebe ein offenkundig rechtes und aggressives Publikum, kann zwar bestätigt, nicht aber auf die Gesamtheit der Demonstrierenden übertragen werden. Hooligans und autonome Nationalisten treten dabei in größeren Verbänden auf und fallen deshalb besonders auf. Dabei ist eine Konzentration dieser Gruppen an der Spitze des „Spazierganges“ zu beobachten. Daher hängt die Wahrnehmung über die Zusammensetzung der Demonstration stark davon ab, an welcher Stelle der Demonstration sich ein/e BeobachterIn befindet. Dies erklärt auch, wieso das Verteilen der Handzettel an der Spitze des Demonstrationszuges sich als besonders schwierig erwies.

RednerInnen des 12. „Spaziergangs“

Auf der Veranstaltung am 12. Januar wurden insgesamt drei Reden gehalten – vom Moderator der Auftakt- und Abschlusskundgebung Lutz Bachmann, von der Sprecherin der Pegida Kathrin Oertel sowie von Frank Ingo Friedemann. Trotz teilweise ähnlicher Inhalte hatten die drei Reden unterschiedliche Schwerpunkte. So äußerte sich Friedemann als einziger zum europäischen Kontext der Pegida-Bewegung.[23] Er war es auch, der als einziger Stimmung gegen die Medien schürte. Darin zeigte sich wohl der größte Unterschied zu Bachmann und Oertel (bzw. zu früheren Pegida-Veranstaltungen). Während die beiden offensichtlich darum bemüht waren, gemäßigt zu wirken, versuchte Friedeman das Publikum aufzuwiegeln. Wohl wegen des Kontextes des Attentates auf Charlie Hebdo hat Oertel weniger ihre Medienkritik, als vielmehr das Einfordern des Rechts auf Meinungsfreiheit akzentuiert und damit die negativen Angriffe auf die Medien durch das positive Eintreten für ein Grundrecht ausgetauscht.[24] Bachmann dagegen kritisierte zwar die Medien, unterband aber die während einer Redepassage aufkommenden „Lügenpresse“-Chöre („heute bitte nicht“) und bemühte dabei keine abwertenden Ausdrücke, sondern argumentierte zum einen, die Medienvertreter sollten der Pegida dankbar sein, weil sie die Scharia verhindere, welche den JournalistInnen eine freie Arbeit nicht mehr gestatten würde.[25] Zum anderen würde sich die Presse immer mehr als eine Institution entlarven, die

[23] Er breitete einen 9-Punkte Katalog „konkreter“ Vorstellung von einem „Europa der Vaterländer“ aus, das er als ein „‚United States of Europe‘ – ein vereinigtes Europa im Staatenbund der freien und selbstbestimmten Völker“ bezeichnete. Die einzelnen Punkte sind aber wenig konkret; so konstatierte Friedemann etwa „Pegida ist für die weitgehende Selbstbestimmung der einzelnen Völker Europas“ oder „Pegida ist für die Erhaltung der Identität der einzelnen Völker Europas“.

[24] „In Deutschland wird die Meinungsfreiheit durch Artikel 5 Grundgesetz gewährleistet: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Eine Zensur findet nicht statt.“ [„Jawohl“-Rufe, verhaltenes Klatschen, vereinzelte Pfiffe] Habt ihr das Gefühl, dass es eine Meinungsfreiheit gibt? [laute Nein-Rufe] Und wird damit nur die Meinungsfreiheit des Staates gewährleistet? [laute Ja-Rufe] Aber nicht die des gemeinen Volkes? [einige laute Nein-Rufe, ein Teilnehmer ruft „Nicht mehr lange!“]“ (Oertel).

[25] „Ich möchte den Abend mit einem Zitat beginnen, einem Zitat von mir selbst. Am 3. November 2014 sagte ich bei unserer dritten Veranstaltung: „Ich begrüße besonders die Vertreter der Presse, denn auch für diese – und das vergessen viele dieser Journalisten und Gegner unserer Bewegung nur zu gern – ja, auch für diese sind wir heute hier zusammen wieder auf der Straße. Unser Mut und unsere Standhaftigkeit ermöglichen es ihnen nämlich, dass sie so frei ihre Meinung über uns kundtun und verbreiten können. [kurzes Gelächter und Klatschen] Eine derartige freie Meinungsäußerung wäre nämlich nicht möglich, wenn die Gesetze der Scharia auf europäischem Boden Fuß fassen! [lauter zustimmender Jubel, Klatschen, positives Pfeifen]“ (Bachmann).

„Tatsachen verheimlicht“.[26] Friedemann dagegen griff auf die in den Wochen zuvor bemühten Verunglimpfungen zurück und sprach von „Schwachköpfen“, „staatstreuen Nichtsnutzen“, „gut bezahlten“ da „zwangsfinanzierten Medien“, von Manipulation, „Inkompetenz“ und Realitätsverdrehung.

Im Kontext des Versuchs, sich bürgerlicher und weniger konfrontativ zu geben, stand auch das von Bachmann und Oertel wiederholt unterstrichene Credo, sich „gegen jede Art des religiösen Fanatismus, des Radikalismus“ (Bachmann) einzusetzen.[27] Oertel unterstrich: „Pegida ist weder islamfeindlich, noch ausländerfeindlich oder gar rassistisch.“ Dabei standen solche Aussagen im Gegensatz zu einigen Plakaten, die beim Spaziergang zu sehen waren (etwa „Islam = Karzinom“ – ausführlicher im Unterpunkt *Plakate und Fahnen*).

Ein besonders zentrales Anliegen blieb aber die Kritik an Politik und Eliten. Vor allem Oertel stellte heraus, die Pegida-AnhängerInnen treibe „das Gefühl, in diesem Land von keinem Politiker vertreten zu werden [an]. [Murmeln und Raunen] Es scheint die vererbte Krankheit der Regierenden zu sein, irgendwann das eigene Volk weder zu verstehen, noch verstehen zu wollen.“ Dabei wurde aufgrund der am Samstag zuvor veranstalteten Demonstration für ein weltoffenes Dresden (10. Januar 2015) insbesondere auf die Leistung der Pegida hingewiesen, „ganz ohne Promis, ohne Gratis-Konzert, ohne Druck durch Arbeitgeber, Behörden und Schulleiter“ (Bachmann) Menschen in einer ähnlichen Zahl zu mobilisieren. Interessanterweise offenbart sich das Demokratie- und Toleranzverständnis der Pegida-OrganisatorInnen vor allem bei der hier formulierten Kritik an Roland Kaiser. Oertel argumentiert, dass der Musiker keine politische Meinung zeigen dürfe, weil seine Musik (angeblich) in der Mehrheit von Pegida-AnhängerInnen gehört wird: „Wir gehen zu Ihren Konzerten und bezahlen dafür, da können wir bitte auch Neutralität uns gegenüber erwarten! [...] Sie haben, lieber Herr Kaiser verk- [kurzer Versprecher]…, verkaufen sich an die Politikerkaste, um mit denen gegen uns Stimmung zu machen!“. Überhaupt verbiete man sich kritische Hinweise auf etwa die latenten rechtsextremen Äußerungen in Reden und Bannern, als ob das Formulieren rassistischer Parolen durch den Verweis auf die Meinungsfreiheit gerechtfertigt wäre. Oertel spricht diese Kausalität explizit aus: „Immer wieder bezeichnen uns etablierte Volksvertreter als Rassisten und Nazis! [einsetzende Buh- und „Pfui“-Rufe, Pfiffe] Was hat das mit Meinungsfreiheit und Demokratie zu tun? Wollen wir das hinnehmen? (Lauter kollektiver Nein-Ruf, Buh-Rufe, Pfeifkonzert]“.[28]

Ein Novum stellte am 12. Januar 2015 dagegen der Versuch dar, konkrete Forderungen auszuformulieren. Dazu gehört der bereits erwähnte Katalog ‚europapolitischer Vorstellung‘ (Friedemann), vor allem jedoch Bachmanns auf der Auftakt- und Abschlusskundgebung vorgestellten 6 Forderungen an die Politik:

[26] „Macht, was Ihr wollt, schreibt, was Ihr wollt – es werden immer weniger, die Euch glauben und immer mehr, die andere Möglichkeiten nutzen, um sich objektiv zu informieren. [besonders lauter Jubel, einige der Umstehenden rufen „Jawohl“, etwas längeres Klatschen, positive Pfiffe] Sei`s drum, ich will heute nicht weiter auf der Presse rumhacken, sie enttarnen sich mehr und mehr selbst und es wird immer schwerer, die Tatsachen zu verheimlichen. [ein Teilnehmer ruft „Richtig!“, vereinzeltes kurzes Klatschen].“ (Bachmann).

[27] Wobei Bachmann als Beispiel für religiösen Fanatismus auch das Attentat Anders Behring Breiviks heranzog, obschon dieser vor allem aus rechtsextremen und islamophoben Motiven handelte und ähnlich wie die Pegida-OrganisatorInnen, ohne religiös zu sein sich auf christliche Werte berufend.

[28] Gleichzeitig hat beispielsweise Friedemann politische Gegner aus dem linken politischen Spektrum als „terroristische Gruppierungen“ abgestempelt, „von DGB und linken Kräften finanzierten Schlägertruppen“ gesprochen und unterstellt, diese würden unter anderem, „Angriffe mit Buttersäure“ auf friedliche Spaziergänger vollziehen.

1. „die Schaffung eines Zuwanderungsgesetzes, welches die unbestritten notwendige QUALITATIVE Zuwanderung regelt und die momentan gängige, unkontrollierte, quantitative Zuwanderung stoppt [begleitend einsetzender Jubel, Klatschen, bejahende Pfiffe], dies nach dem Vorbild von Kanada oder der Schweiz.
2. Die Aufnahme eines Rechts auf, aber eben auch der Pflicht zur Integration. Diese Pflicht zur Integration beseitigt, wenn sie denn wirklich so kommt, viele Ängste der Menschen, auch Eure, zum Thema Islamisierung, Überfremdung und Verlust unserer heimatlichen Kultur automatisch. [lauterer Jubel, Klatschen, zustimmende Pfiffe]
3. Wir fordern eine konsequente Ausweisung bzw. ein Wiedereinreiseverbot für Islamisten und religiöse Fanatiker jeden Couleurs, welche unserem Land den Rücken gekehrt haben, um in irgendwelchen heiligen Kriegen zu kämpfen! [lauter grölender Jubel, Klatschen, zustimmende Pfiffe]
4. Wir fordern die Ermöglichung direkter Demokratie auf Bundesebene auf der Basis von Volksentscheiden! [noch lauterer Jubel und Beifall, lautes zustimmendes Pfeifen, dann kollektive „Wir sind das Volk"-Rufe]
5. Wir fordern ein Ende der Kriegstreiberei, u.a. gegen Russland und ein [lauter Jubel und Beifall, zustimmende Pfiffe] friedliches Miteinander der Europäer [verstärkter Jubel und Beifall] ohne den zunehmenden Verlust der Autorität der Landesparlamente der einzelnen EU-Staaten durch irrwitzige Kontrolle aus Brüssel! [lauter Jubel und Beifall, zustimmende Pfiffe] Und
6. Wir fordern mehr Mittel für die innere Sicherheit unseres Landes. Dies umfasst einen sofortigen Stop beim Stellenabbau der Polizei und die Ausstattung selbiger mit den erforderlichen und zeitgemäßen Mitteln, um den gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden. [Jubel und Beifall, bejahendes Pfeifen]"

Allein die Erstnennung wie auch der Umfang (3 von 6 Punkten), den hier die Themen Migration, Diversität und Islam(ismus) einnehmen, zeigt, wie sehr die OrganisatorInnen von Pegida den Schwerpunkt auf potenziell fremdenfeindliche Inhalte lenken. Aber auch die verbleibenden drei Forderungen fügen sich in ein typisches (rechts-)populistisches Gedankengut, wenn nach ‚Law und Order' oder der Limitierung europäischer Kompetenzen verlangt wird (wie letztere zum Titel der Bewegung – „patriotische Europäer" – passt, wird nicht erklärt). Das Einverlangen eines „Ende[s] der Kriegstreiberei, u.a. gegen Russland" scheint auf den Einfluss der ebenso rechtspopulistischen „Montagsmahnwachen für den Frieden" zurückzuführen zu sein.

Publikumsverhalten

Das Publikum und die OrganisatorInnen wirkten wie ein eingespieltes Team; teilweise stellte sich ein Rede-Antwort Spiel ein und die Reaktionen der Demonstrierenden wirkten vorhersehbar. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Rede Lutz Bachmanns, der dem Publikum durch seine Betonung und Pausen signalisierte, wann es zu Reaktionen kommen soll. Wenn etwa „Wir sind das Volk"-Parolen von Einzelpersonen nicht zum richtigen Augenblick angestimmt wurden, verhallten diese schnell wieder. Kam es zu Reaktionen, die sich Bachmann nicht wünschte, so unterbrach er diese. Dieses Verhalten wurde besonders augenscheinlich in dem Moment, nachdem Bachmann seine sechs Forderungen abgelesen und die die rhetorische Frage gestellt hatte, „was an diesen Punkten nun wieder rechts ist und was die Medien daraus

machen werden.“ Als das Publikum „Lügenpresse“-Parolen einstimmte, unterband Bachmann diese durch „Neeein, Ruhe! Heute nicht!“ Die Demonstrierenden waren dabei genug diszipliniert, um die bislang auf den Pegida-Spaziergängen regelmäßig skandierte Unzufriedenheit über die Medien schnell einzustellen (am 5. Januar 2015 beispielsweise gehörte der Slogan „Lügenpresse“ zu dem am häufigsten beobachteten).

Das Publikum erschien von Beginn der Auftaktveranstaltung an so, als wolle es zu Sprechchören animiert werden. Die Stimmung war konzentriert und die Demonstrierenden hörten den Ansprachen ruhig und gebannt zu. Dabei sind es vor allem bestimmte Themen und Schlagworte, die vom Publikum bereitwillig aufgegriffen werden. Dazu gehören kritische Verweise auf Politik und Medien (die Reaktionen umfassen hier Buh-Rufe, Pfeifen und Pfui-Rufe), im konkreten auf PolitikerInnen, die sich öffentlich kritisch zur Pegida geäußert haben. Im Mittelpunkt der Kritik sowohl bei RednerInnen als auch Demonstrierenden standen insbesondere CDU-PolitikerInnen wie die Dresdener Oberbürgermeisterin Helma Orosz, der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich und die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Hier war Unmut vor allem über die am 10. Januar durch Orosz und Tillich in Dresden organisierte Demonstration für Weltoffenheit und Toleranz zu beobachten. Weitere zentrale Themen waren: die Weihnachts- und Neujahrsansprachen, das Eintreten für die Meinungsfreiheit, das Warnen vor der Einführung der Scharia, Roland Kaisers Auftritt auf der Demonstration gegen die Pegida, das Einfordern der direkten Demokratie, das Lob an Polizei und OrdnerInnen, die Forderung nach einer „Pflicht zur Integration“ sowie die Abschiebung von „Islamisten und religiösen Fanatiker jeder Couleur“, die Kritik an „der Kriegstreiberei, u.a. gegen Russland“ sowie die „irrwitzige Kontrolle aus Brüssel“ (Bachmann). Hier sind auch die auf der Abschlusskundgebung von Frank Ingo Friedemann formulierten Vorwürfe gegen gewaltbereite (links-)„terroristische“ Gruppierungen zu nennen, die angeblich von „Dresden – Nazifrei“, dem DGB und linken Kräften organisiert sein sollen. Am meisten Widerhall lösen lobende Worte über die Demonstrierenden seitens der RednerInnen sowie der Verweis auf die stetig wachsende Zahl der Demonstrierenden aus, die trotz des schlechten Wetters und der Kritik in den Medien (sowie des angeblichen Drucks von öffentlichen Stellen und ArbeitgeberInnen) jeden Montag zu der Demonstration kommen. Öfter fällt der Slogan „Dresden zeigt, wie‘s geht!“, auf den die Demonstrierenden mit dem Skandieren der Parole „Wir sind das Volk“ reagieren; im regelmäßigen, lautstarken und gemeinschaftlichen Artikulieren dieses Satzes kommt das Gemeinschaftsgefühl unter den Demonstrierenden besonders stark zum Ausdruck. Auch in größerem Abstand zur Bühne, wo die RednerInnen nicht mehr gut zu verstehen sind, wird diese Parole aufgegriffen und angestimmt. Gemäßigt fällt die Zustimmung dagegen dann aus, wenn die RednerInnen sich darum bemühen, besonders politisch korrekt zu wirken (was ebenso einen Unterschied zur Beobachtung vom 5. Januar 2015 ausmacht), wenn also Kathrin Oertel klarzustellen versucht, die „Pegida ist weder islamfeindlich, noch ausländerfeindlich oder gar rassistisch.“ Illustrativ ist hier vor allem der Aufruf Bachmanns, „integrationswillige und sogar herzliche Muslime“ zu Veranstaltungen der Pegida einzuladen. In solchen Situation warten die RednerInnen auf eine Reaktion, die dann entweder sehr verhalten oder gar kritisch ausfällt – Bachmanns Aufforderung wird in den Gesprächen zwischen den Demonstrierenden eindeutig zurückgewiesen, eine laute und/ oder kollektive Reaktion bleibt jedoch aus.

Während des „Spaziergangs“ befolgten die Demonstrierenden grundsätzlich die Bitte der OrganisatorInnen, sich ruhig zu verhalten. Eine Ausnahme bildete hier die Reaktion auf den Versuch der Gegendemonstrierenden, den „Spaziergang“ zu blockieren. Die Polizei hatte zunächst Probleme, die Demonstration und Gegendemonstration zu separieren und reagierte hektisch – mehrere Gruppen von PolizistInnen in Vollmontur waren hier im Einsatz. Kurz schien

die Lage außer Kontrolle geraten zu sein, vor allem als einzelne Linksautonome über einen Parkplatz zwischen Prager und Viktoriastraße in Richtung des Pegida-Zuges vordringen, allerdings von einem hohen Bauzaun aufgehalten werden. In dieser Situation hatten die OrganisatorInnen Mühe, die an der Spitze des Demonstrationszuges konzentrierten Gruppen junger Männer von einem Zusammenstoß abzuhalten. Nachdem aber die Polizei relativ zügig die Sitzblockade (die letztendlich nur einen kleinen Teil der Waisenhausstraße besetzte) von den Pegida-AnhängerInnen isoliert hatte, blieb es hier bei aggressiven Sprüchen und heftigem Gestikulieren. Vor diesem Hintergrund – und wegen der größeren Konzentration junger Männergruppen an der Spitze des Pegida-Zuges – war es beim Aufeinandertreffen der beiden Demonstrationen sehr laut. Beim Vorbeiziehen kam es vereinzelt zum Skandieren der „Wir sind das Volk"-Parole, zum Lachen, (kritischen) Applaudieren und abwertenden Beschimpfungen wie „Geht arbeiten". Die Heftigkeit und Lautstärke der Reaktionen von Seiten der Pegida-Demonstrierenden nahm zum Ende des Zuges hin immer mehr ab. Insgesamt wirkte die weitaus kleinere Blockade der GegendemonstrantInnen teilweise lauter als der zahlenmäßig überlegene Pegida-Zug. Große Zustimmung erhielt die Polizei, die von den Pegida-AnhängerInnen für ihren Einsatz bejubelt wurde.

Auf der Abschlusskundgebung, auf der tendenziell weniger Menschen versammelt waren, reagierten die Demonstrierenden auf dieselben Schlagworte wie zu Beginn, allerdings immer verhaltener. Lautstarke Reaktionen rief allein das Verkünden von angeblich 40.000 Demonstrierenden hervor. Auffällig ist, dass die Rede Frank Ingo Friedemanns, der wieder stärker auf die Darstellung der Medien als „Lügenpresse", als „staatstreue Nichtsnutze" und „Schwachköpfe" abzielte, weiterhin nicht das Skandieren der von Bachmann unerwünschten „Lügenpresse"-Chöre provozierte – mit einer Ausnahme, als Friedemann von bewusster Manipulation der Medien sprach. Stattdessen reagierten die ZuhörerInnen auf seine Medienkritik mit Gelächter (welches allerdings etwas aufgesetzt wirkte, als ob das Publikum wüsste, es müsse lachen) und Beifall; das Publikum wirkte gelöst und Friedemann aufmerksam zugewandt. Das abschließende Aufrufen von ‚Ablegern' der Pegida (wie der Legida aus Leipzig, der Hoygida aus Hoyerswerda, der C-Gida aus Chemnitz, der Erzgida aus dem Erzgebirge oder der Cogida aus Cottbus), die nach Dresden angereist wären, mündete in einer zunehmend passiven Reaktion des Publikums. Die Slogans „Wir sind das Volk" und „Wir kommen wieder" am Ende der Demonstration wurden wieder lauter, brachen aber relativ schnell ab. Der Aufforderung, Kerzen oder Lichter hochzuhalten, um der Politik dabei zu helfen, dass ihr ein Licht aufgehe, kamen viele der noch verbliebenen Demonstrierenden nach. Nach dem Abschluss löste sich die Menge schnell auf, die Stimmung wirkte heiter und gelöst, obwohl Bachmann von Informationen über geplante Übergriffe sprach, die ihm vorlägen, weshalb er empfahl, sich in Gruppen von 20 Personen auf den Heimweg zu machen.

Plakate und Fahnen

Die „Spaziergänge" der Pegida zeichnen sich mittlerweile durch eine große Anzahl und Vielfalt von Plakaten, Bannern und Fahnen aus. Die Plakatgröße variierte dabei von A4 bis 1,20 x 5 m. Die Plakate waren nahezu alle Unikate, die unterschiedlichste Themen aufwiesen. Plakate, die professionell gedruckt waren, hatten meist einen Ortsschildcharakter. Etwa 20 Prozent der Plakate zeichnen sich durch eine hohe Professionalität aus (die Bewertung dieser Aussage hängt von der Größe, Befestigungs- und Druckart ab). Die am 12. Januar mitgeführten Plakate wurden dabei folgenden Kategorien zu geordnet, gleichwohl eine klare Unterscheidung wegen möglicher Mehrfachzuordnungen nicht immer eindeutig vorzunehmen ist:

- **Politikkritik (27)**
  Kritik an konkreten PolitikerInnen: „Das Maß ist voll", „Merkel, Sie können uns mal", „Frau Merkel hier ist das Volk! [Bild Frau Merkels mit Kopftuch]" oder „‚Gas-Gerd' und ‚Wehrmachts-Helmut' hier ist Euer Aufstand der Anständigen!"
  Kritik am politischen System bzw. politischen Eliten: „Bundesregierung u. Justiz kriechen Islam in den A.", „Unsere Feinde sind nicht die Zuwanderer. Das sind die, die Zuwanderer ins Land holen", „!Wacht auf! Die Hand die einen füttert, beißt man nicht! !Wir sind das Volk!" oder „Die großen hören auf zu herrschen, wenn die kleinen aufhören zu kriechen"
  Vermeintlich konkrete Forderungen: „Volksentscheide nach Schweizer Vorbild, denn: ‚Alle Macht geht vom Volke aus'" oder „EU-Diktatur beenden -> Direkte Demokratie einführen".
- **Diversität/ Asyl/ Islam(ismus) (26)**
  „Wirtschaftsflüchtlinge und Volksverräter raus aus Deutschland", „Erst wird es bunt, dann geht es rund! – [Rückseite] 1989: Wir sind das Volk! 2014: Wir sind noch das Volk! 2039: Wir waren das Volk", „Gutmenschen wacht endlich auf - Die tun nix, die wollen nur dealen", „2035 sind Deutsche in der Minderheit", „Unterwanderung durch Masseneinwanderung, Migration als Waffe, Kein Kampf der Kulturen, www. Wissensmanufaktur.net", „Lieber heute aufrecht zu Pegida, als morgen auf Knien nach Mekka", „Wenn Burka und Sprengstoffgürtel zum Grundsortiment im Discounter gehören dann waren wir leider zu wenige", „Deutschland muss deutsch bleiben. Gegen die Islamisierung…", „Hass, Gewalt, Koran" oder „Islam = Karzinom".
- **(Lokal-)Patriotismus/ Nationalismus (8)**
  „Ein Volk, das sich einem fremden Geist fügt, verliert schließlich alle guten Eigenschaften und damit sich selbst", „Respekt & Toleranz auch für unser Volk", „Ein Patriot muss immer bereit sein…" oder „Ein Volk, eine Heimat, eine Nation".
- **Friedenssicherung (7)**
  „Frau Merkel, das deutsche Volk will Frieden in EUROPA und der WELT! STOPPT Waffenlieferung in Kriegsgebiete. STOPPT Kriegseinsätze der Bundeswehr. Schluss mit Medien- und Kriegshetze", „Jetzt Friedensvertrag für Deutschland. Weltfrieden Jetzt! Grundgesetz Art. 146 Verfassungssouveränität" oder „Stoppt den Russlandfeldzug- keine Waffen für ukrainische Nazis".
- **Medienkritik (6)**
  „Ich spreche mit objektiver Presse", „Wir lieben unsere Heimat, deshalb nennt man uns Schande für Deutschland", „Deutschland – Wo Meinungsfreiheit zur Mutprobe wird" oder „Lügenpresse Lügensystem Skandal"
- **Charlie Hebdo (5)**
  „Wir trauern um die Opfer der Fairständnispresse" [4 Fotos von Charlie Hebdo GrafikerInnen], „Je suis Charlie" oder „Pegida jetzt erst recht! Charlie Hebdo"
- 14 Schilder wurden unter der Kategorie **Sonstiges** subsumiert – dabei handelt es sich zum einen um Plakate der in Dresden aktiven Kleinstpartei BüSo (wie „Was die Medien verschweigen – Die Lösung heißt BRICS") oder etwa um antiamerikanische Äußerungen (wie „IS=US").
- **Ortschilder** wie „Wittenberg grüßt seine Gäste" wurden 18 gezählt; die Herkunft war meist deutsch und hier sächsisch.

Die thematische Verteilung fiel dabei mit Abstand zugunsten politikkritischer sowie fremdenfeindlicher Äußerungen aus. Insbesondere in der Kategorie „Diversität/ Asyl/

Islam(ismus)“ häuft sich pauschal abwertendes und rassistisches Gedankengut. Aussagen wie „Islam = Karzinom“ oder „Hass, Gewalt, Koran“ fallen wohl unter § 130 StGB (Volksverhetzung). In dieses Bild passt auch die vom Widerstandskämpfer Josef Wirmer entworfene Kreuzflagge, die auf der Demonstration mehrfach gesichtet wurde. Unabhängig vom Verweis der Pegida-OrganisatorInnen auf die Herkunft dieses Symbols aus dem Widerstand des 20. Juli 1944 wird sie heute unter anderem von der rechtsextremen, islamophoben *German Defense League* verwendet. Deutschlandflaggen (teilweise mit Aufschriften oder Symbolen wie dem Adler) waren in der großen Überzahl (weit über 100), gefolgt von Fahnen unterschiedlicher Bundesländer (wie 10 Sachsens, 5 Thüringens, 3 Bayerns etc.) und Staaten (wie je 3 Frankreichs und Tschechiens, 1 Russlands, 1 Schwedens oder 1 Israels).

Die über Plakat, Banner oder Flaggen visualisierten Postulate, Äußerungen oder Kritikpunkte sind damit ebenso vielfältig, wie die Demonstrierenden selbst. Neben der Forderung nach der Abschaffung der GEZ, um ‚Staatspropaganda‘ zu beenden, der einfachen Frage „Quo vadis? Wohin gehst du Deutschland?“ finden sich nicht wenige fremdenfeindliche und rechtspopulistische, teilweise – wenn auch selten – rechtsextreme Äußerungen bzw. Symbole wie die bereits erwähnte Kreuzflagge Wirmers, die heute in der rechten Szene ein bekanntes Symbol ist. Auffällig ist dabei die im Vergleich zu früheren Demonstrationen geringere Anzahl der letztgenannten ‚Widerstandsflagge‘, die am 5. Januar etwa von einer Demonstrierendengruppe mit Fackeln vielfach getragen wurde. Dabei liegt der Verdacht der Eigenzensur nahe, den der Bericht einer Beobachtungsgruppe stützt. Zwei Helferinnen sind kurz vor der Abschlussveranstaltung mit Männern mittleren Alters in Kontakt gekommen, denen von den OrganisatorInnen der Pegida-Demonstration untersagt wurde, ihren Banner der Wissensmanufaktur auszurollen. Obwohl also die OrganisatorInnen darum bemüht waren, das visualisierte Meinungsspektrum der DemonstrantInnen zu kontrollieren, haben sich auch solche Äußerungen gezeigt, die wohl dem ‚Kern‘ der Pegida-Bewegung zuzurechnen sind, der weniger bereit ist mit Vertretern der Medien oder Wissenschaft zu sprechen. Trotz der Versuche also, im Vergleich zu früheren Demonstrationen politisch korrekt zu wirken, finden sich eindeutige Hinweise auf rechtsextreme Demonstrierende und das Zurschaustellen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“.

Das Auftreten und die Interaktion mit den Medien

Die ohnehin öffentlichkeitswirksamen Pegida-Demonstrationen haben sich am 12. „Spaziergang“ eines besonders hohen medialen Interesses erfreut. Dabei ist das Verhältnis zwischen Demonstrierenden und JournalistInnen augenfällig angespannt. Viele Kamerateams stehen zunächst abseits. Die Demonstrierenden versuchen unabhängig davon den Kameras aus dem Weg zu gehen. Wenn dennoch eine Annäherung erfolgt, war zu beobachten, dass die Kameralinsen mit Fahnen oder Flugblättern verdeckt wurden. Regelmäßig versuchten Demonstrierende auch, die Kameras mit Handylampen oder Fahrradlichtern zu blenden bzw. zu stören. Zu beobachten war außerdem, dass OrdnerInnen Kamerateams während ihrer Arbeit fotografierten, was wie eine Art Kontrolle oder Drohung wirkte.

Illustrativ für das distanzierte Verhältnis ist das Beispiel eines Teams des ZDF, welches sich einen stationären Platz eingerichtet hatte, um den die Demonstrierenden einen großen Bogen machten; OrdnerInnen halfen dabei, diesen ‚Sicherheitsabstand‘ aufrechtzuerhalten. Dennoch konnten sich JournalistInnen frei bewegen. Im Verlauf der Auftaktveranstaltung wurden diese auch zunehmend ignoriert, weshalb sich die Distanz zu verringern schien. Auf dem

„Spaziergang“ waren gelegentlich kritische Kommentare wie „Lügenpresse“ zu hören, aber auch scherzhafte Reaktion wie „Darf ich jemanden grüßen?“. Nach dem Zusammentreffen mit den Gegendemonstrierenden verschärfte sich das Verhältnis zur Presse. Die Demonstrierenden reagierten wieder gereizter. So wurden gegenüber PressevertreterInnen Vorwürfe formuliert, wie „Steht Nazi bei mir auf der Stirn?“.

Das negative Verhältnis bestätigten auch die angesprochenen MedienvertreterInnen. Ein italienisches Fernsehteam berichtete von den Störungen mit den Lichtern und von den OrdnerInnen, die sie bei der Arbeit fotografierten, aber auch von der geringen Bereitschaft für Interviews. JournalistInnen, die schon mehrmals Pegida-Demonstrationen begleitet haben, ‚trösteten‘ ihre KollegInnen damit, dass die Einstellung der Demonstrierenden in den Wochen davor aggressiver gewesen sein soll. Dies bestätigt auch der Eindruck, der am 5. Januar 2015 gemacht wurde, als auf der Auftaktveranstaltung Kathrin Oertel in ihrer Rede die Demonstrierenden immer wieder zum Anstimmen von „Lügenpresse“ oder „Lügenpresse, halt die Fresse“-Sprechchören animierte. Die Pegida-OrganisatorInnen schienen damit nach den Attentaten auf das Satiremagazin Charlie Hebdo (dieser 12. „Spaziergang“ war als Trauermarsch deklariert) und aufgrund des immensen Medieninteresses daran interessiert zu sein, keinen allzu aggressiven Eindruck zu hinterlassen. Dies konnte allerdings nicht über die große Distanz zu Medien hinwegtäuschen. Ausdruck des Misstrauens ist beispielsweise auch ein Plakat, das nach der Rückkehr vom „Spaziergang“ im Eingangsbereich zum Veranstaltungsort ausgerollt war: Es war die Überschrift „Lügenpresse“ zu sehen sowie der RTL Reporter, der sich am 15. Dezember 2014 ‚undercover‘ unter die Demonstrierenden mischte und für ein Interview mit dem vom NDR produzierten ARD-Magazin „Panorama“ als Demonstrant ausgab. Verbalisiert wurde der Vorwurf an die Presse in der kritischen Abschlussrede Herrn Friedemanns.

Wahrnehmung der Demonstrierenden durch das ForscherInnenteam

Die Methode der teilnehmenden Beobachtung ermöglicht das Sammeln empirischen Materials auch dann, wenn sich etwa Demonstrierende als wenig kooperativ erweisen. Gleichzeitig gibt man sich spätestens durch das Notieren der Geschehnisse (häufig auf einem Klemmbrett) als externe/r BeobachterIn zu erkennen. Deshalb berichteten auch Teammitglieder, die der strukturierten Demonstrationsbeobachtung zugewiesen wurden, von ihren Interaktionen mit den Demonstrierenden. Dabei hat etwa ein Drittel angegeben, von den Pegida-AnhängerInnen ignoriert oder kritisch beäugt worden zu sein. Ein weiteres Drittel berichtete von negativen Erfahrungen. Man sei abfälligen Kommentaren ausgesetzt gewesen (wie etwa „Lügenpresse“) und teilweise verbal beleidigt worden. Auch liegt ein Bericht vor, demzufolge ein Team während des Notierens weggeschubst wurde. Eine Person gab an, den Block wegen Einschüchterungen weggepackt zu haben. Häufig half es, die Position zu wechseln, um ungestört seine Tätigkeit wiederaufnehmen zu können.

Die Diversität der Demonstrierenden erklärt, wieso das letzte Drittel von positiven und gar humorvollen Reaktionen berichtete. Die Art der Interaktion zwischen Beobachtenden und Pegida-AnhängerInnen hing wesentlich davon ab, mit wem man in Kontakt trat. Manche Demonstrierende (insbesondere die mittleren Alters) zeigten sogar ein Interesse an der Untersuchung, was sich an konkreten Nachfragen oder den Versuchen, die Notizen zu lesen, offenbarte. Gespräche wurden vor allem von VertreterInnen diverser Organisationen gesucht – so etwa mehrfach von einer Gruppe Männer mittleren Alters, die sich als Vertreter der *Wissensmanufaktur* ausgaben.

Unabhängig von der Wahrnehmung der Reaktionen auf die Untersuchung fällt auch die Einschätzung der Stimmung unter den Demonstrierenden seitens der Beobachtenden heterogen aus. Etwa die Hälfte drückte Verwunderung über die überraschend ruhige und friedliche Atmosphäre aus; ein Teil sprach von einer Art Volksfeststimmung. Die andere Hälfte berichtete hingegen hauptsächlich von Anspannung, Aggressivität sowie ausländer- und medienfeindlichen Parolen. Übereinstimmend wurde dagegen auf die Disziplinierthеit und Heterogenität der Demonstrierenden verwiesen. Der größere Teil hat auch herausgestellt, sich auf der Demonstration fehl am Platz gefühlt zu haben, weil das Artikulieren anderer politischer Ansichten, als die der Pegida-Demonstrierenden, nicht toleriert wurde. Die Rolle des Forschers wurde deshalb als eine Art Erleichterung wahrgenommen, als gutes Gefühl, nicht zur Demonstration zu gehören und sich dementsprechend nicht der Erwartungshaltung beugen zu müssen und auf die Reden so zu reagieren, wie die Mehrheit der Pegida-AnhängerInnen. Wichtig erwies sich hierbei auch das Auftreten als Team, das vor dem Hintergrund der teilweise als aggressiv wahrgenommenen Stimmung den HelferInnen das nötige Gefühl von Sicherheit vermittelte, um sich auf die jeweilige Aufgabe zu konzentrieren. Das also ursprünglich zur Absicherung der Objektivität und Qualität eingeführte Prinzip, mindestens zu zweit zusammenzuarbeiten, hatte im Nachhinein eine zentrale Bedeutung für die Erhebung des empirischen Datenmaterials.

12 Problemdeutungen (Framing) von Pegida

Welche Deutungsmuster legen politisch aktive Menschen ihrem Handeln zu Grunde? In der neueren Bewegungsforschung werden diese Muster werden als Frames bezeichnet. Diese beruhen auf spezifischen Werten, Überzeugungen bzw. Meinungen, welche die Anhänger einer sozialen Bewegung über ihr gemeinsames Handeln als geteilten Standpunkt entwickeln[29]. Eine Erforschung des Framing von sozialen Bewegungen ist nicht nur von Bedeutung, um Wissen über die Lebenswelten, Absichten und Beweggründe der Aktivisten zu erlangen. Sie gibt darüber hinaus wichtige Hinweise auf das Mobilisierungspotential einer sozialen Bewegung, indem deren Frames zur breiten gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihren Diskursen in Beziehung gesetzt werden. Folgende zentrale Fragen werden mit der Framing-Analyse gestellt:

- Welche Probleme werden von der Bewegung und ihren AnhängerInnen identifiziert und welche Ursachen werden diesen zugeschrieben?
- Welche Problemlösungen werden von der Bewegung vorgeschlagen oder forciert?
- Welche Handlungsmotivationen und direkten Handlungsoptionen werden von den BewegungsanhängerInnen zum Ausdruck gebracht?

Die hier durchgeführte Analyse des Framing von Pegida stützt sich auf drei Datenquellen, die unterschiedliche soziale Logiken der Darstellung von Framing-Elementen repräsentieren:

[29] Benford, R. D. & Snow, D.A., (2000) Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. Annual Review of Sociology, 26, 611-39. Gamson, W. A., (1992) Talking Politics. Cambridge University Press, New York. Snow, D. A. ,(2004). Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: Snow, D.A., Soule, S.A. & Kriesi, H. (eds.) The Blackwell Companion to Social Movements. Blackwell Publishing, Oxford, pp. 380-412. Snow, D. A., and Benford, R.D. (1988) Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. International Social Movement Research 1, 197-217. Tilly, C., 2004. Social Movements, 1768-2004. Paradigm Publishers, Boulder.

1. Die Antworten aus zwei offene Fragen des Online-Fragebogens („Für welche Anliegen stehen Ihrer Meinung nach die Pegida-Demonstrationen?"; „Welches Anliegen wollen Sie persönlich durch Ihre Teilnahme an den Pegida-Demonstrationen zum Ausdruck bringen?"), die 123 TeilnehmerInnen der Pegida-Demonstration in Dresden vom 12.01.2015 übermittelt haben. Dies zielt auf eine differenzierte Abfrage von Informationen von aussagewilligen Basisaktivisten und Unterstützer.
2. Die Feldtagebücher und Bilddaten aus der teilnehmenden Beobachtung, die ebenfalls während der Pegida-Demonstration in Dresden am 12.01.2015 durchgeführt wurde. Dies zielt auf die Erfassung feldgesteuerter Ausdrucksformen der BasisaktivistInnen und UnterstützerInnen.
3. Das von den Pegida-OrganisatorInnen veröffentlichte Positionspapier. Dieses zielt auf die Erfassung feldgesteuerter Ausdrucksformen der OrganisatorInnen bzw. Bewegungseliten.

Der Vergleich von Daten auf Basis verschiedener Quellen hat sich im Fall der Pegida-Bewegung besonders wichtig erwiesen, da der empirische Zugang zu einem breiten Teil der Demonstrierenden schwierig war. Die Ursache dafür liegt in einem weit verbreiteten Misstrauen der Demonstrierenden gegenüber bestimmten öffentlichen Institutionen, vor allem gegenüber den Medien, aber auch wissenschaftlichen Einrichtungen, denen einseitige Berichterstattung und Parteilichkeit nachgesagt wird.

Das Framing von Pegida ist relativ vielschichtig und teilweise sehr widersprüchlich. In manchen Fällen ist diese Widersprüchlichkeit wohl Teil eines strategischen Kalküls, um deutlich unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. In anderen Fällen wird die real bestehende Widersprüchlichkeit durch die Diffusität der Botschaften und Forderungen überdeckt.

Bei genauerer Betrachtung sind einige zentrale Deutungsrahmen erkennbar, an die sich speziellere Orientierungen anschließen. Demnach lassen sich insgesamt drei dominierende Frames identifizieren: (1) Kritik an der Asyl- und Einwanderungspolitik; (2) Kritik an der aktuellen Regierungspolitik, aber auch der Gesamtheit der etablierten PolitikerInnen; und (3) Unzufriedenheit mit den Medien und deren Berichterstattung. Daneben existiert eine Reihe von schwächeren Frames, welche auf die Hauptargumentation bezogen sind und diese stützen: (a) Ablehnung des Islam oder zumindest Vorbehalte gegenüber der Integrationsfähigkeit von Muslimen; (b) Verweis auf kriminelle AsylbewerberInnen; (c) Stärkung nationaler Kultur gegen Überfremdung; (d) wahrgenommene Unterdrückung der Meinungsfreiheit und (e) die Forderung nach Bürgerentscheiden als Mittel demokratischer Beteiligung.

Das am häufigsten verwendete Frame bezieht sich auf eine massive Kritik an der aktuellen Asyl- und Einwanderungspolitik. Die Dominanz dieser Orientierung zeigt sich in den Antworten unserer Befragung wie auch im Positionspapier von Pegida, in welchem 8 der 19 Punkte den Umgang mit AsylbewerberInnen und EinwanderInnen thematisieren. Die Bestandsaufnahme der Situation in Deutschland und Europa ist dabei relativ klar: Die Einwanderung sei zu unkontrolliert, da sie zu hohe Kosten für die Gemeinschaft erzeuge und zu sozialen und kulturellen Konflikten führe. In diesem Sinne existieren zwei Klassen von EinwanderInnen. Auf der einen Seite sind das Kriegsflüchtlinge, die als „Gäste" willkommen seien, sofern sie asylberechtigt sind. Auf der anderen Seite stehen unerwünschte Wirtschaftsflüchtlinge oder AsylbewerberInnen mit betrügerischer Absicht. Insbesondere bei jungen Männern („junge fitte Männer") läge der Verdacht des Asylmissbrauchs nahe, da sie im Gegensatz zu Familien weniger Schutz benötigten und in ihren Herkunftsländern gebraucht würden. Zudem würde diese Gruppe „hier kaum Perspektive finden" und zum Integrationsproblem werden. Aufgabe des

Staates wäre es, die „echten“ Kriegsflüchtlinge zu identifizieren und zu unterstützen. Für den Auswahlprozess könnten sich die Regierenden an den erfolgreichen Modellen von Kanada oder der Schweiz orientieren. Die staatliche Unterstützung sieht Pegida in einer Intensivierung der Betreuung der AsylbewerberInnen zum Zweck der Integration in die Kultur des Gastlandes realisiert. Auch sollten die AsylbewerberInnen „dezentral“, also nicht in dicht besiedelten Wohngegenden untergebracht werden, da diese oft nur „menschenunwürdige“ Wohnbedingungen zuließen. Der Bildung von „Parallelgesellschaften“ müsse entgegen getreten, die Straffälligkeit der MigrantInnen, müsse mit bedingungsloser und sofortiger Ausweisung („Nulltolleranz“) beantwortet werden. Eine besondere Gefahr für die Gesellschaft wird hier dem Islam zugeschrieben, da ein Scheitern der Integration von Muslimen aufgrund der „islamischen Ideologie“ sehr wahrscheinlich sei. Der Islam sei nämlich zunehmend mit Gewalt und der Missachtung der Frauenrechte nach westlichem Wertesystem eng verbunden („intollerante [sic], menschenlebenverachtende und frauenfeindliche Religion“). Tolerierbare Muslime seien nur jene, die sich eindeutig an der „deutschen Kultur“ orientieren und so einem konfliktgeladenen „Multikulti“ entgegenwirken. Dem kulturellen Dialog räumen die befragen DemonstrantInnen damit wenig Raum bzw. Erfolgsaussichten ein. Es zeigt sich eine Ausrichtung auf regionale, nationale und westliche Wertesysteme in allen drei Datentypen, insbesondere aber in der visuellen Dominanz deutscher Symbolik in Form von Flaggen (Deutschland, einzelne Bundesländer).

Ein weiterer dominanter Deutungsrahmen bezieht sich auf die Kritik an der Regierung bzw. an den etablierten Politikern. Dabei werden weniger einzelne Personen adressiert (mit Ausnahme einiger Plakate); vielmehr zielt der Unmut auf die Gruppe der Volksvertreter („Politikerkaste“) als solche. Diagnostiziert wird zunächst deren Untätigkeit („Rat- und Tatenlosigkeit“) in der von Pegida verfochtenen Auslegung der Asylpolitik. Schwerer wiegt die Wahrnehmung der PolitikerInnen als eine vom „Volk“ losgelöste Gruppe von Mächtigen („Arroganz der Politiker“). PolitikerInnen nahezu aller Couleur würden den Anliegen der BürgerInnen keine Beachtung schenken („an Bürger vorbei“). Ganz im Gegenteil, von wirtschaftlichen Interessen geleitet, zeigten die PolitikerInnen hauptsächlich Unverständnis gegenüber den Problemen („Sorgen und Nöte“) der BürgerInnen. Die Möglichkeit einer angemessenen Gegenreaktion böte sich den befragten Pegida-DemonstrantInnen kaum, sehen sie sich doch des demokratischen Grundrechts der freien Meinungsäußerung durch die PolitikerInnen beschnitten: Kritische Äußerungen zur Asylpolitik würden unter dem Vorwand der politischen Inkorrektheit disqualifiziert und Pegida fälschlicherweise in den Zusammenhang mit „Nazis“ gebracht, um die angesprochenen Themen zu unterdrücken. Insbesondere dieser Eindruck hat ein großes Gewicht, um zur Teilnahme an Pegida-Demonstrationen zu motivieren. Weniger gewichtig präsentiert sich diese Problematik im Kontext der Anliegen, die Pegida insgesamt zugeschrieben werden. Die Einführung von Bürgerentscheiden wird als Lösung der beschriebenen Unzulänglichkeiten des politischen Systems gesehen. Interessant ist in dem Zusammenhang auch, dass die ImmigrantInnen explizit als Opfer der PolitikerInnen und ihrer verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik zu verstehen seien. „Legitimen“ MigrantInnen würde aufgrund der verfehlten Politik nicht die notwendige Unterstützung zuteil.

Das dritte dominierende Frame betrifft die Wahrnehmung der Medien als parteiischen Akteur, der in Konzertierung mit der Politik einseitig berichtet oder falsche Informationen („Lügen“) verbreitet. Ganz ähnlich wie bei den PolitkerInnen wird den Medien eine stumpfe Orientierung an der „political correctness“ diagnostiziert, d.h., kritische Äußerungen zur Immigrationspolitik oder zu islamischen Einflüssen würden entweder in den falschen Kontext gerückt („Pegida Demonstrant als Nazi, Dummschwätzer“) oder aber verschwiegen („zensiert“). Insgesamt

herrscht unter den befragten Pegida-Demonstrierenden großes Misstrauen gegenüber medialer Berichterstattung, da diese nur „festgelegte Meinungen“ präsentierten anstatt ihrer Objektivitätspflicht als vierter Gewalt nachzukommen. Diese Problemdeutung zeigt sich deutlich stärker in Bezug auf die persönlichen Anliegen der befragten Pegida-DemonstrantInnen. Der Bewegung an sich wird Medienkritik weit seltener zugeschrieben. Das könnte auf eine stark ausgeprägte emotionale Betroffenheit der Befragten hindeuten, da es Hinweise darauf gibt, dass sie sich persönlich durch die Berichterstattung angegriffen fühlen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Framing von Pegida auf einer Trennung zwischen den Gruppen der Täter, Opfer und Helden beruht, ohne dass dabei immer explizit eindeutige nationalistische oder rassistische Stereotype propagiert werden. Durch die spezifische Anordnung und Verknüpfung der Frames wird Unschärfe erzeugt. Als Täter werden vor allem die PolitikerInnen und die Medien identifiziert, die die „wahren“ Probleme wie Überfremdung und Gefahren durch den Extremismus unter den Tisch kehren würde und so der dritten Tätergruppe, den Islamisten und kriminellen Wirtschaftsflüchtlingen, in die Hände spielten. Das gehe vor allem zu Lasten der Alten, Kinder und Frauen, die auf besonderen Schutz und staatliche Hilfe (Altersarmut, westliche Werte, Bildung, Durchsetzung der Frauenrechte) angewiesen sind. Aber auch rechtschaffene und hilfsbedürftige Kriegsflüchtlinge zählen zu den Opfern, da auch sie auf staatliche Mittel und Schutz angewiesen sind. Die Befragten fühlen sich vom Sendungsbewusstsein erfüllt, die empfundenen Missstände trotz der gemeinsamen Verschleierungsbemühungen von PolitikerInnen und Medien erkannt zu haben bzw. den „Mut“ zu haben, die eigentlichen Probleme beim Namen zu nennen. Das bestärkt die Befragten in ihrem Gefühl, als einzige in der Lage zu sein, die Öffentlichkeit aufzurütteln und die empfundenen Missstände zu beseitigen.

Das stärkste Gewicht bei der Frage zu den Anliegen von Pegida (Tabelle 15) erhalten die Kategorien „Kontrolle Immigration“ (60) und „Politikversagen“ (49). Bei den persönlichen Anliegen (Tabelle 16) spielt zusätzlich die Kategorie „Medienversagen“ (31) eine wichtige Rolle. Zudem wird „Politikversagen“ (48) bei den persönlichen Anliegen häufiger thematisiert als „Kontrolle Immigration“ (38).

Tabelle 15: Wahrnehmung der Anliegen von Pegida (in Prozent)

Für welche Anliegen stehen Ihrer Meinung nach die Pegida-Demonstrationen?		N = 123
Kontrolle Immigration	60	20,9%
Politikversagen	49	17,1%
Meinungsfreiheit	22	7,7%
Nationalismus	22	7,7%
Anti-Islam	17	5,9%
Bürgerentscheid	17	5,9%
Medienversagen	17	5,9%
Positionspapier Pegida	15	5,2%
Kriminelle AsylbewerberInnen	14	4,9%
Soziale Kontrolle	11	3,8%
Anti-Extremismus	8	2,8%
Anti-Krieg	7	2,4%
Aufklärer	7	2,4%
Asylmissbrauch stoppen	5	1,7%
Anti-Fanatismus	4	1,4%
Anti-GMS	4	1,4%
Kritik Russlandpolitik	4	1,4%
Sonstiges	4	1,4%
Summe	**287**	**100%**

Tabelle 16: Persönliche Motive für die Teilnahme an Pegida

Welches Anliegen wollen Sie persönlich durch Ihre Teilnahme an den Pegida-Demonstrationen zum Ausdruck bringen?	**Nennungen**	N = 123
Politikversagen	48	20,1%
Kontrolle Immigration	38	15,9%
Medienversagen	31	13,0%
Anti-Islam	16	6,7%
Bürgerentscheid	15	6,3%
Nationalismus	15	6,3%
Kriminelle AsylbewerberInnen	12	5,0%
Meinungsfreiheit	11	4,6%
Kritik Russlandpolitk	9	3,8%
Positionspapier Pegida	7	2,9%
Soziale Kontrolle	7	2,9%
Anti-Krieg	6	2,5%
Wendeproblem	5	2,1%
Anti-Extremismus	4	1,7%
Anti-Kapitalismus	4	1,7%
Anti-US	4	1,7%
Bildungsversagen	4	1,7%
Sonstiges	3	1,2%
Summe	**239**	**100%**

13 Abschließende Einschätzung

Es bleibt erneut zu betonen, dass wir, bezogen auf die Online-Befragung, nur einen sehr kleinen Ausschnitt der - nach unserer Zählung - etwa 17.000 TeilnehmerInnen (Polizei 25.000) der zwölften Pegida-Demonstration erfasst haben. Dieser Ausschnitt dürfte deutliche Verzerrungen aufweisen (sozial erwünschtes Verhalten, Überrepräsentation von gut gebildeten und internet-affinen Befragten, äußerst geringe Rücklaufquote). Insbesondere wird der „harte Kern" der Demonstrierenden in unserer Befragung kaum oder gar nicht präsent sein, soweit dies im Rahmen unserer Beobachtungen und den Berichten der 14 Teams, die Handzettel ausgegeben haben, vermutet werden kann. Diese starke Annahme stützen wir auf Eindrücke über diesen Kern im Hinblick auf Kleidungsstil, physisches, teilweise machohaftes Auftreten, vordere Platzierung im Demonstrationszug und abwehrende bzw. geradezu feindlichen Reaktionen auf Kontaktversuche während des Demonstrationsmarsches. Es bleiben letztlich Vermutungen. Wir können somit keinerlei Aussagen über den Durchschnitt der TeilnehmerInnen an der Demonstration bzw. den „typischen" Pegida-Anhänger machen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Vorbehalt bei der Rezeption und Verbreitung unserer Daten berücksichtigt und nicht als vermeintlich unwichtiger technisch-methodischer Aspekt außer Acht gelassen wird.

Diese Einschränkung in Rechnung stellend, können wir über die Gruppe der 123 Personen, die unseren relativ umfangreichen Online-Fragebogen ausgefüllt haben, Folgendes zusammenfassend sagen: Es handelt sich um eine aus Dresden und Umgebung stammende, stark männerdominierte Gruppe mit relativ guten Bildungsniveau, die keinerlei Vertrauen in die Medien und wenig Vertrauen in eine Reihe etablierten politischer und gesellschaftlicher Institutionen besitzt, die zu Teilen rechtspopulistische, rechtsextremistische Einstellungen aufweist, im parteipolitischen Spektrum ganz überwiegend der Alternative für Deutschland (AfD) zuneigt, kein durchgängig konsistentes Antwortverhalten bezüglich rechter und fremdenfeindlicher Positionen einnimmt und bei Antworten, in denen eine teils/teils-Position angeboten wird, stark dieser Kategorie zuneigt.

Über die Online-Befragung hinausgehend, also auf der Basis unserer umfangreichen Beobachtungsdaten im Hinblick auf die Interaktionen zwischen Demonstrierenden und unserer Gruppe, die Reden während diverser Pegida-Demonstrationen und weiterer Eindrücke widersprechen wir der teils öffentlich vertretenen Auffassung, bei Pegida handele es sich in der Mehrheit um harmlose, wenngleich von Sorgen geplagten „Normalbürger". Zwar befördern die OrganisatorInnen und RednerInnen von Pegida auch dieses Bild durch entsprechende Aussagen und wollen dadurch eine derartige Klientel binden bzw. dazu gewinnen, doch geht es im Kern um die Artikulation von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" und zugespitzter, um einen kaum verhüllten Rassismus.